

Posener Tageblatt

Auto-Reifen

bester Welt-Firmen
kauft man vorteilhaft
bei
W. Müller
Dąbrowskiego 34.

Bezugspreis: In Posen durch Boten monatl. 5.50 zł, in den Ausgabestellen monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der Provinz monatl. 5.— zł, bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 zł. Postbezug (Posen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter Streifenband in Posen u. Danzig monatl. 8.— zł, Deutschland u. übriges Ausland 8.— Rmk. Einzelnummer 0.25 zł, mit illust. Beilage 0.40 zł. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die Schriftleitung des Posener Tageblattes, Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań. Postfach-Konto in Posen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postfach-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland 12 bzw. 50 Goldpf., übriges Ausland 100% Aufschlag. Flaggen-schrift u. schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos“ Sp. z o.o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postfach-Konto in Posen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o.o., Poznań).

Mineral-Brunnen

aller Quellen stets
frisch auf Lager.

Droneja Warszawska

Poznań,
ul. 27 Grudnia 11.

70. Jahrgang

Mittwoch, 6. Mai 1931

Nr. 103

Heute:

Politik:

Leitartikel: Deutsch als internationale Verkehrssprache, von Dr. Friedrich Lange. — Wird der Sejm einberufen? — Zwei Könige treffen sich. — Die polnische Rechtsopposition kritisiert. — Ursachen der Weltkrise. — Die Tagung der internationalen Handelskammern. — Die Verhandlungen um die Zollunion. — Die Heldenorgel von Kufstein.

Recht und Steuern:

Steuersatzungsvereinfachungen für die Landwirtschaft. — Endlich Zahlungserleichterung für die Umsatzsteuer. — Ist die Ausreise nach Deutschland über Danzig strafbar?

Handel:

Organisation des Agrarkredits. — Die Silberfrage.

Debatte im Pariser Ministerrat

Pr. Berlin, 5. Mai. (Eig. Telegr.)

Wie aus Paris gemeldet wird, wird der kommende Ministerrat darüber zu entscheiden haben, wann in eine Diskussion zur auswärtigen Politik eingetreten werden soll. Österreichischer Botschafter Briaud in einer solchen Debatte das Wort ergreifen. Für Briaud steht nicht nur sein Schicksal als Außenminister auf dem Spiel, sondern es wird auch für seine Aussichten bei den Präsidentenwahlen von ausschlaggebender Bedeutung sein, ob Briaud in dieser Debatte einen Erfolg erzielt.

Anarchistische Umtriebe

Pr. Berlin, 5. Mai.

Aus Madrid wird gemeldet, daß in einem Extrazug von Barcelona zwei Agenten verhaftet wurden, die im Handgepäck 67 Bomben mit sich führten. Zwei davon waren gebrauchsfertig geladen. Allen Anzeichen nach beginnen die anarchischen Elemente, die von jeher in Barcelona sehr stark waren, sich wieder zu rühren.

Barcelona ist überschwemmt mit aufrührerischen Flugschriften und Plakaten, in denen die Entlassung der Polizei und Gendarmerie, die Bewaffnung der Arbeiterschaft, Auflösung der religiösen Organisationen, Beschlagnahme und Verteilung aller Besitztümer gefordert wird. Das soziale Problem in Barcelona, dessen Arbeitererschaft zum Teil sehr radikal gesinnt ist und viel Waffen besitzt, scheint nun weit wichtiger und gefährlicher als das politische Problem Kataloniens.

Die Bodensteuer in England

Pr. Berlin, 5. Mai. (Eig. Telegr.)

Aus London wird berichtet, daß Schatzkanzler Snowden im Unterhaus einen Antrag begründete, in dem eine neue Bodensteuer vorgeschlagen wird. Der Grund und Boden, sagte Snowden, gehört der Nation und kann mit anderen Eigentumsobjekten nicht verglichen werden. Eine Bodensteuer sei daher gerecht, und selbst unter den Konservativen fanden sich viele Befürworter. (Bekanntlich haben auch die Haus-eigentümer in England nach altem Brauch an die Grundeigentümer Miete zu zahlen.) Von der Steuer sollen alle landwirtschaftlichen Grundstücke befreit sein, die für Kirchen, Schulen usw. bestimmt sind.

Der Brotpreis in Berlin

P. R. Berlin, 4. Mai.

Da die Bäcker heute den Brotpreis in Berlin um weitere zwei Pfennig erhöht haben, so ist das Brotpreisproblem über Nacht zum wichtigsten politischen Thema geworden. Reichsfinanzminister Dietrich hat auf einer Kundgebung in Dresden gestern erklärt, daß die Regierung entschlossen sei, dafür zu sorgen, daß der Brotpreis auf dem alten Stand bleibt. Damit stehe und falle ihr ganzes System, dessen erste Parole ja die Preisentung sei. Bekanntlich hat auch Reichsernährungsminister Schiele in energischer Weise die Bäcker auf die Unzulässigkeit ihres Vorgehens aufmerksam gemacht. Bezeichnend ist, daß die Bäcker nun gleichsam als Antwort auf die von Schiele ausgesprochene Ermahnung den Brotpreis um weitere 2 Pfennig erhöht haben. Der Kampf der Regierung mit den Bäckern geht hart auf hart.

Wird der Sejm einberufen?

Zusammentritt vermutlich am 26. Mai

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 5. Mai.

Die Einberufung des Sejms wird, wie die Warschauer Morgenblätter heute berichten, nunmehr wahrscheinlich auf den 26. Mai erfolgen. Verhandlungsgegenstand wird vor allem die neue Disziplinardisziplinordnung der Beamten und die sogenannte kleine Selbstverwaltungsreform sein. In den Warschauer politischen Kreisen nimmt man jetzt an, daß es zu einer Umbildung der Regierung vor der Sejmession nicht mehr kommen werde.

Der manchmal gut unterrichtete jüdisch-zionistische „Najz Przeglad“ meldet heute, Ministerpräsident Stawek werde nur einen Erholungsurlaub antreten und während dieser Zeit vom jetzigen stellvertretenden Ministerpräsidenten, Oberst Pieracki, vertreten werden. Hauptgegenstand der letzten internen Beratungen bei Marschall Pilsudski sei nicht mehr die Frage der Regierungsumbildung, sondern die außenpolitische Lage im Hinblick auf die kommende Völkerbundstagung gewesen.

Die Rechtsopposition wird kritisch

Nowaczynski über die Feiern in Oberschlesien

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 5. Mai.

In der polnischen oppositionellen Rechts- und Presse werden die katonischen Feierlichkeiten anlässlich des 10. Jahrestages des ober-schlesischen Aufstandes recht bitter und kritisch kommentiert. Charakteristisch für die Stimmung in diesen Kreisen ist ein ausführliches Nachwort zu den ober-schlesischen Feiern, das heute in der national-demokratischen „Gazeta Warszawska“ der bekannte Publizist Adolf Nowaczynski veröffentlicht. Er schreibt u. a.:

„In Oberschlesien gibt es 70 000 Arbeitslose, die Einkünfte der schlesischen Wojewodschaft im Vergleich zum Rechnungsjahre 1928/29 um 50 Prozent gekürzt. Zu den Feiern anlässlich des Aufstandes kamen 17 Extrazüge und 15 Normalzüge mit 40 000 auswärtigen Gästen. Kostspielig, aber notwendig. Die 40 000 sind gekommen und wieder abgefahren, aber die 70 000 Arbeitslosen sind geblieben. Ob das den Deutschen schließlich vielleicht imponieren wird? Am 18. Mai beginnt die 63. Tagung des Völkerbundes. Auf dieser Session steht wiederum die Sache 255 zur Verhandlung. Das ist die Sache der 255 Mißbräuche, welche während der Novemberwahlen zum Sejm vorgekommen sind. Die Angelegenheit beschäftigt bereits die Januartagung und macht unsern Außenminister

große Sorgen. Man gab sich Rat, wie man konnte. Der Londoner „Economist“ urteilte, daß Polen auf der Januartagung eine Züchtigung erhalten habe. Bis zum November galt die deutsche Revanchewut der Rückgabe des „Korridors“, seit November beschäftigt sich die deutsche Propaganda auch wieder mit Nachdruck mit der Rückgabe des ober-schlesischen Kohlenreviers. Der Charakter der Wahlen in Oberschlesien und die 255 Fälle taten das ihre dazu. Sie sorgten dafür, um das nationale Solidaritätsgefühl der Deutschen mit der Minderheit in Polen zur Rotglut zu bringen.“

Der Verfasser beschäftigt sich dann mit der Frage der historischen Verdienste des jetzigen ober-schlesischen Wojewoden im polnischen Aufstand vor zehn Jahren und kommt zu dem Ergebnis, daß diese Verdienste auf Kosten des oppositionellen Korjants in den Feiern übertrieben worden seien. Er schließt mit einer trüben Betrachtung über die jetzige sozial- und finanzpolitische Lage Oberschlesiens und den außenpolitischen Stand der ober-schlesischen Lage für Polen.

Wir geben diese Stimme als charakteristisch für die Ansichten der Opposition wieder, ohne selber Stellung dazu zu nehmen.

Zwei Könige treffen sich

Zusammenkunft zwischen König Karol und König Alexander

(Telegr. unserer Berliner Redaktion.)

Pr. Bukarest, 5. Mai.

Auffsehen erregt die Nachricht von einer geheimen Zusammenkunft König Karls von Rumänien mit König Alexander von Jugoslawien. König Karol war in Begleitung des Ministerpräsidenten Zorga und des Kriegsministers nach Temeschwar in Siebenbürgen und weiter nach Desowa gereist. Dorthin kam auch König Alexander von Jugoslawien in Begleitung des Ministerpräsidenten, Generals Zimkowskij. Die Zusammenkunft der beiden Monarchen fand an Bord der königlichen Yacht „Dragor“ in Desowa statt. Nach der Konferenz, an der die beiden Ministerpräsidenten teilnahmen, hatten die beiden Monarchen eine intime Besprechung. Sie sind noch gestern Abend in ihre Residenzen zurückgekehrt. Der Konferenz wird eine große politische Bedeutung beigemessen, wenn auch ihr Inhalt völlig im Dunkeln bleibt.

Verzögert

Die Verhandlungen mit Rumänien

P. R. Berlin, 4. Mai.

Die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen, die wieder aufgenommen werden sollten, sind wieder auf unbestimmte Zeit verschoben. Die rumänische Regierung hat der deutschen mitteilen lassen, man möge die Abreise der deutschen Abordnung noch hinauszögern, da in Bukarest noch Verhandlungen der kleinen Entente stattfinden. Die Verzögerung der Verhandlungen scheint auf bestimmte Einflüsse gewisser Verbündeter Rumäniens zurückzuführen zu sein. Man ist trotzdem

in Berlin überzeugt, daß die Verhandlungen mit Rumänien gleich nach Genf wieder aufgenommen werden. Es ist selbstverständlich, daß die kleinen Schitanen, die die Diplomatie jener Staaten, die gegen das deutsch-österreichische Zollabkommen sind, der deutschen Handelspolitik in den Weg legen, die Grundlinien der deutschen Außenpolitik nicht ändern werden.

Sie sind einig

Pr. Prag, 5. Mai.

Das Amtliche tschechoslowakische Pressebüro gibt ein Communiqué über die letzte Sitzung der kleinen Entente in Bukarest heraus, die einiges Licht auf die Gründe für den Aufbruch der deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen wirft. Darin heißt es: „Außer den drei Außenministern nahmen an der Konferenz auch die Handelsminister einiger Ententestaaten teil. Auf dem Programm stand das Problem der deutsch-österreichischen Zollunion und die Frage der Präferenzzölle. Zunächst erläuterte Außenminister Beneš seinen Standpunkt, und zwar sowohl nach der politischen wie auch nach der wirtschaftlichen Seite hin, mit den eventuellen Plänen für die Zukunft. Der Meinungsaustausch ergab das volle Einverständnis der kleinen Entente hinsichtlich des wirtschaftlichen Zusammenlebens, vor allem in der Frage der Präferenzzölle.“

Pr. Berlin, 5. Mai.

Die deutsche Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Rumänien, die Freitag abgereist war, ist von der deutschen Regierung zurückgerufen worden, da, wie gemeldet, die rumänische Regierung den Wunsch ausgedrückt hat, die Verhandlungen zu verschieben.

Deutsch als internationale Verkehrssprache

Von Dr. Dr. Friedrich Lange

Auf Europa lastet der Fluch des Turmbaus zu Babel. Rund 50 Sprachen sind in unserem Erdteil bodenständig. Und wenn auch einzelne von ihnen nur eine geringe Bedeutung haben, so gibt es doch genug europäische Sprachen, welche von Millionen wirtschaftsregenen Menschen gesprochen werden, mehr als der Fleißigste erlernen kann. Europa ist also auf eine Verkehrs- und Vermittlungssprache angewiesen.

Die Wahl der internationalen Verkehrssprache wird von verschiedenen Umständen abhängen; einmal davon, wieviele Menschen sie als eigene Sprache benutzen, sodann von der örtlichen Verteilung der Sprechenden, ferner von der Brauchbarkeit und Anpassungsfähigkeit der Sprache selbst und schließlich von dem Maße ihrer tatsächlichen Benutzung. Wenn wir unter diesem Gesichtswinkel die deutsche Sprache betrachten, so kommen wir zu folgenden Ergebnissen:

Von den 470 Millionen Europäern sprechen etwa 83 Millionen deutsch, also jeder sechste Europäer spricht deutsch als Muttersprache. In Europa haben doppelt so viele Menschen die deutsche Muttersprache als Englisch oder Französisch.

Die 83 Millionen deutsch sprechenden Europäer sitzen nun nicht etwa in einem Winkel unseres Erdteils wie die Russen oder Engländer, sondern in zwei Hauptstellungen: als geschlossener Block von 78 Millionen im Herzen Europas und im übrigen weit verstreut nach Osten, Nordosten und Südosten. Der deutsche Block in Mitteleuropa übt Anziehungskraft nach allen Seiten aus. Ueber deutsches Sprachgebiet führen die zwischenstaatlichen Verkehrswege von Ost nach West, von Nord nach Süd, von Nord nach West und fast vollständig auch von Süd nach Ost. An Umgehungsversuchen hat es nach 1918 nicht gefehlt, aber der Geist der Wirtschaftlichkeit hat über sie gesiegt, so daß das deutsche Sprachgebiet seine alte Mittellertätigkeit größtenteils wiedergewonnen hat, nicht aus irgendeiner Deutschfreundlichkeit der beteiligten Völker und Staaten, sondern aus nützlichen Zweckmäßigkeits-erwägungen. Das geschlossene deutsche Sprachgebiet in Mitteleuropa bildet übrigens kein abgerundetes Ganzes, sondern ist stark ausgelappt, mit anderen Sprachgebieten oft fingerförmig verzahnt, vielfältig neben Reibungsflächen Berührungspunkte wirtschaftlicher und geistiger Art bildend. Das Streudeutschtum in Osteuropa schließlich findet sich in einem breiten Gürtel zwischen Finnisch, Schwarzem und Adriatischem Meer, wo nicht eine Sprache vorherrscht, sondern viele Völker um den Boden ringen und das Bedürfnis nach einer neutralen Vermittlungs- und Verkehrssprache besonders groß ist.

Der geschlossene deutsche Sprachbereich in Mitteleuropa ist heute auf 16 verschiedene Staaten aufgeteilt, nämlich auf vier deutschsprachige — das Deutsche Reich, Österreich, Danzig und Liechtenstein —, ferner auf folgende gemischtsprachige Staaten: Litauen, Polen, den tschechischen Staat, Ungarn, Südslawien, Italien, die Schweiz, Frankreich, Belgien, Luxemburg, einen Zipfel der Niederlande und Dänemark. Dazu kommen weitere Staaten, in denen Deutsch anerkannte Minderheitensprache ist: Estland, Lettland, Rumänien und Rußland. In Rußland bestehen meh-

reere deutschsprachig verwaltete Gebietsteile und auch die wolgadeutsche Republik. Man kann demnach das Zahlenverhältnis so ausdrücken: das Deutsche Reich hat 11 Nachbarstaaten mit deutschen Bevölkerungsanteilen, an diese 11 direkten Nachbarstaaten grenzen nochmals 7 Nachbarstaaten mit deutschen Minderheiten. Zusammen sind das 18 direkte und indirekte Nachbarstaaten des Deutschen Reiches mit über 18 Millionen Deutschen. Mit dem Deutschen Reich selbst ist die deutsche Sprache in 19 Staaten bodenständig, und dabei sind Gebiete wie Saardeutschland noch nicht einmal besonders gezählt. Das wird von keiner anderen Sprache auch nur annähernd erreicht. Man muß daher sagen: die deutsche Sprache ist die internationalste Sprache Europas.

Welche Vorteile die deutsche Sprache für fremde Völker hat, ist damit freilich erst zum Teil beantwortet. Es braucht auch gar nicht vollständig aufgezählt werden, was an Wertvollem die deutschen Lande und die deutschen Menschen dem bieten, der ihre Sprache beherrscht, denn es könnte nach Eigenlob schmecken. Aber in aller Bescheidenheit sei festgestellt: Deutsch ist für weite Teile der Welt die internationale Handelsprache. Deutsch ist die Sprache der größten und gediegensten Bucherzeugung. In deutscher Sprache sind alle Werke der Weltliteratur entweder erschienen oder in trefflichen Übersetzungen zugänglich. Wohl nirgends wird der soziale Gedanke tiefer empfunden und hat er stärker und aufrichtiger gesetzgeberischen Ausdruck gefunden als in deutscher Sprache. Heilfunde und Seuchenbekämpfung haben hervorragende Vertreter und größte Erfolge in Deutschland und durch Deutsche zu verzeichnen, wertvollste medizinische Untersuchungen sind in deutscher Sprache abgefaßt, von den technischen, insbesondere chemischen Werken ganz zu schweigen.

Die Zukunft der deutschen Sprache im internationalen Verkehr ist gesichert, wenn wir uns ihres Wertes bewußt bleiben und sie liebevoll pflegen. Wir haben in ihr ein Werkzeug, das sich weiterschmieden läßt zu immer vollendeterer Schärfe und Klarheit, mit ihr können die Brücken geschlagen werden zu fremden Völkern.

Sozialistische Pfingsttagung

Warschau, 5. Mai.

In der Pfingstwoche halten die polnischen Sozialisten ihren Parteitag ab, der diesmal in Krakau stattfindet. In der sozialistischen Bewegung in Polen gibt es seit einiger Zeit ein Zentrum der sozialistischen Bewegung in Polen gegeben ist. In der sozialistischen Presse findet zur Vorbereitung dieser Beratungen jetzt eine Aussprache statt, in der die schwierige Lage der sozialistischen Bewegung in Polen nach der letzten Sejmwahl deutlich zum Ausdruck kommt. Am Freitag wird in dieser politischen Diskussion vor allem das Verhältnis zu dem sog. Zentrallinksbund, namentlich zu den Bauernparteien, die ja jetzt als Einheitsfront auftreten. Auch die Methoden des Kampfes gegen das jetzige Regierungssystem werden lebhaft erörtert, wobei aber die Gegner der Sozialisten zum System jetzt auf allen Flügeln der sozialistischen Bewegung gleich stark zu sein scheint. Vom Standpunkt der nationalen Minderheiten aus, ist besonders interessant eine Erörterung über das zukünftige Verhältnis zu der sozialistischen Partei der nichtpolnischen Nationalitäten im Staate. Von verschiedenen Seiten, z. B. von dem gegenwärtigen stellvertretenden Leiter des „Robotnik“, Borst, wird eine noch engere Verbindung mit diesen kleineren sozialistischen Parteien der Deutschen, Juden und Ukrainer in Anregung gebracht.

Die Erregung in Ägypten

P. R. Berlin, 4. Mai.

Anläßlich der Ankunft des ehemaligen Premierministers Nahas Pascha in Beni Sueff kam es zu einem ersten Zusammenstoß zwischen dem Wafd und der Polizei, wobei 9 Personen getötet und etwa 50 verletzt wurden. In Wafd-Kreisen wird behauptet, daß die Menge zwar erregt demonstrierte, aber keinerlei Gewalttaten beging, und daß das Unglück nur durch die Koppligkeit der Polizei verursacht worden sei. Es verlautet, daß der Ministerrat die Verhaftung Nahas Paschas verfügt habe. Sollte diese Verhaftung tatsächlich durchgeführt werden, so ist mit ernstlichen Unruhen zu rechnen. Nahas Pascha verfügt im ganzen Lande über einen großen persönlichen Anhang. Die Verhaftung Nahas Paschas könnte unaufsehbare Folgen haben.

Fahrt des „Graf Zeppelin“ über die Schweiz und Tirol

Friedrichshafen, 5. Mai. (R.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute früh um 7.55 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann zu seiner Charterfahrt über die Schweiz und Tirol aufgestiegen. An Bord befinden sich 36 Passagiere. Die Fahrt wird über die Schweiz nach Tirol bis Salzburg und von dort über die Bayerischen Alpen an der Zugspitze vorbeiführen. Das Luftschiff wird zwischen 5 und 6 Uhr in Friedrichshafen zurück erwartet.

Ursachen der Weltkrise

Hoover spricht — Die Rüstungen sind schuld

Der sechste Kongreß der Internationalen Handelskammer wurde in Anwesenheit von rund tausend Delegierten aus über 30 Ländern, darunter 40 Delegierte aus Deutschland, durch Silas Strawn, Präsident der amerikanischen Sektion, eröffnet. Der Begrüßungsansprache Hoovers folgte ein Überblick über die Weltwirtschaftslage durch den früheren belgischen Ministerpräsidenten Theunis, den Präsidenten der Internationalen Handelskammer. Hoover sprach über neunhundert Worte, von denen hundert der Handelskammer, die übrigen dem Problem der Abrüstung gewidmet waren.

Hoover

gab die wirtschaftliche Verbundenheit aller Länder zu. Selbst die Vereinigten Staaten, die unabhängiger als irgendeine andere Wirtschaftseinheit seien, seien durch die Weltkrise in eine schwere Depression gebracht worden. Schuld an der Weltkrise sei u. a. der Weltkrieg mit seiner Zerstörung von Leben und Eigentum und den darauf folgenden großen Steuerlasten, sowie den sozialen und politischen Unruhen in drei Vierteln der Bevölkerung der Welt. Zum Wiederaufbau, fuhr Hoover fort, ist Vertrauen nötig, und dieses Vertrauen kann nur durch Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen erreicht werden.

Die Welt gibt fünf Milliarden Dollar jährlich für Rüstungen aus, 70 Prozent mehr als vor dem Weltkriege. Fünfeinhalb Millionen Mann stehen unter den Waffen und weitere 20 Millionen in der Reserve, obwohl nur 12 Jahre seit dem Abbruch des Waffenstillstandes vergangen sind und obwohl alle Länder den Kellogg-Pakt unterzeichneten und darin feierlich auf den Krieg verzichteten. Wie kann die Weltwirtschaft sich erholen und wie könne Vertrauen in Handel und Verkehr und in die Sicherheit von Kapitalanlagen zurückkehren, wenn die Welt bis an die Zähne bewaffnet ist? Diese Rüstungen sind eine Verschwendung ungeheurer Teile des Nationalvermögens und nichts ist wichtiger, als daß die Genfer Konferenz über die Landabrüstung von Erfolg gekrönt wird.

Amerika habe, erklärte Hoover weiter, zwar keine Landstreitkräfte stärker verringert als alle anderen Staaten, aber es sei erheblich an der Konferenz interessiert wegen ihrer indirekten Auswirkungen auf den Frieden, das Vertrauen und die Wiederkehr wirtschaftlich gesunder Verhältnisse. Er hoffe, daß die Mitglieder der Internationalen Handelskammer darauf bestehen blieben, daß dieses Problem mutig und ehrlich angepaßt werde.

Theunis

verlas einen Bericht von 52 Druckseiten über die Weltwirtschaftslage und gab bezüglich jedes einzelnen Geschäftszweiges einen Überblick über den gegenwärtigen Konjunkturstand in den verschiedenen Ländern. Er ist der Auffassung, daß der größte Teil der Depressionsperiode vorüber sei. Die Welt trete nunmehr in eine Periode ruhigen Geschäftes als einer Vorstufe zur Erholung ein. Zurzeit sei also nur das gewöhnliche Risiko der Stagnationszeit gegeben. Der Kaufmann brauche jedoch nicht mehr stürmisch ansteigende oder abfallende Kurven zu befürchten. Der Mangel an wirtschaftlichem Verständnis zwischen den Nationen sei eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Die Welt müsse sich klar werden, daß sie wirtschaftlich eine Einheit sei.

Ohne auf das Goldproblem und die Frage des sowjetrussischen Dumping näher einzugehen, bezeichnete Theunis die durch beide Umstände entstandene Lage als sehr unzufrieden. Der amerikanische Theunis hohe Löhne stehe er skeptisch gegenüber; denn die Konsumtheorie, die von den besser bezahlten Arbeitnehmern erhöhte Absatz erhoffe, führe meist zur Überproduktion, und Amerika befinde sich mit seinen hohen Löhnen in der gleichen Depression wie Europa mit seinen niedrigeren Löhnen. Außerdem führe die künstliche Steigerung der Lebenshaltung durch hohe Löhne zu hohen Schutzschölen und damit zu einem „circulus vitiosus“. Die Überproduktion stelle nicht eine Vermehrung des Volkseinkommens, sondern eine Vergeudung von Kapital und Material dar.

Die Tagung der internationalen Handelskammer

P. R. Berlin, 4. Mai.

In Washington trat heute, wie bereits kurz gemeldet, die Internationale Handelskammer zu ihrer großen Tagung zusammen. Diese ist von außerordentlicher Bedeutung für die Weltwirtschaft, weil hier Wirtschaftsführer aus allen Teilen des Erdballes zusammenkommen. Es nehmen rund 1000 Delegierte an der Tagung teil. Die Tagung wurde vom Präsidenten Hoover eröffnet, der eine Begrüßungsansprache an die Teilnehmer richtete. Von besonderem Interesse scheint die diesjährige Tagung schon deshalb, da gestern der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer einen Deutschen, den Bankier Franz von Mendelssohn, zu ihrem Präsidenten gewählt hat. Der neue Präsident wird am Sonnabend nachmittag vom Berliner Funkhaus aus die Schlussansprache der Tagung halten, die direkt in den Verhandlungssaal nach Washington übertragen werden wird.

Als erster Redner wird der bisherige Präsident der Handelskammer, der frühere belgische Ministerpräsident Theunis, sprechen. Die Hauptdiskussion wird sich um den Handel mit Rußland drehen. Insbesondere die englischen Vertreter wollen eine klare Stellungnahme der amerikanischen Wirtschaft zu ihren Handelsprinzipien mit Rußland herbeiführen. Auf der Konferenz soll auch die Silberstabilisierung und die Frage der Kriegsschulden besprochen werden. Der deutsche Delegierte Frome wird erklären, daß es Deutschland unmöglich sei, in befriedigendem Umfange ausländische Waren einzuführen, wenn die Reparationszahlungen nicht herabgesetzt werden. Frome wird sein ausführliches Referat erst am Freitag halten. Noch drei weitere deutsche Vertreter werden das Wort ergreifen, und zwar Sempel zum Produktionsprogramm der Vereinigten Stahlwerke, Wronski von der Deutschen Luftflotte zum Lufttransportwesen und Vogel, der Vertreter der deutschen Industrie beim Internationalen Arbeitsamt in Genf, zum Problem der europäischen Arbeitslosigkeit.

Washington, 5. Mai. (R.) Die gestrigen Ausführungen des Vorsitzenden der amerikanischen Sektion der Internationalen Handelskammer, Silas Strawn, die amerikanische Geschäftswelt werde Verständnis dafür haben, falls Deutschland sich gezwungen sehe, ein Moratorium zu beantragen, werden laut „Journal of Commerce“ in Finanzkreisen als eine Andeutung aufgefaßt, daß nach Ansicht Strawns die amerikanischen Bankiers in einem solchen Falle Deutschlands kurzfristige Kredite nicht kündigen würden.

Die Tagung der Internationalen Handelskammer

Washington, 5. Mai. (R.) In der heutigen Vormittagssitzung der Internationalen Handelskammer erklärte der bekannte schwedische Industrielle und Vizepräsident der Internationalen Handelskammer, Edström, er glaube nicht, daß die internationale Politik, Zollpolitik und Tarifpolitik die gegenwärtige Depression verursachen. Sie seien lediglich erscheinende und die Krise verlängern. Die Hauptursache der Depression sei die Konzentrierung des Kapitals in den industriell hochentwickelten Ländern. Als niemand mehr gewinnbringend Geschäfte treiben konnte, sei dann im Sommer 1929 die Krise nach Amerika gelangt.

Sir Allan Anderson, Mitglied der Bank of

England und Sachverständiger bei den Dawes- und Young-Plan-Kommissionen, widersprach der Möglichkeit, daß weitere Kürzungen der alliierten Kriegsschulden zur Zeit durchführbar seien. Eine Streichung dieser Schulden würde keine Lösung der Weltkrise bringen, wenn auch die Krise durch diese Zahlungen ernsthaft verschärft werde. Wesentlich dagegen sei die Wiederherstellung des Freihandels, soweit irgend möglich, und gesunde Kreditbedingungen.

Melvin Traylor, Präsident der First National Bank of Chicago und Organisator der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, sprach über „Wirtschaftliche Faktoren in geschäftlichen Krisen“. Die Krise, erklärte er, habe im Juli 1914 begonnen, als die politische Führung der Welt verlagte und die Menschheit in den Weg lenkte, der zur Tragödie von 1930 führte. Es sei ein Armutszeugnis für die Welt und besonders für Amerikas wirtschaftliche und politische Führung, daß man inmitten von Überfluß so viele Arbeitslose und Arme habe. Die Preisgarantie der letzten zehn Jahre sei nicht auf Gold, sondern auf Kredit basiert. Amerika übertrieb im letzten Jahrzehnt die Steigerung des Exportgeschäftes durch Gewährung von großen Anleihen und des Inlandgeschäftes durch Kreditgewährung. Man hätte sich sagen sollen, daß diese Treibhausmethoden nicht von Dauer sein können; denn niemand kann ständig borgen, um weitere Anleihen zu machen. Traylor empfahl die Abschaffung des sogenannten täglichen Geldes, ein Verbot des Börsenhandels in Aktien, die den Händler nicht gehören, und ein Verbot der Ausfuhr von Börsenaufträgen für weniger als 10 000 Dollar auf Kredit. Von Amerikas Schutzschölen sagte Traylor, daß sie die Industrie nicht vor etwa 6 Millionen Arbeitslosen bewahrt, aber den geplatzten Farmern ihre Lebenshaltung weiter verunsicherte hätten. Dies sei ein weiterer Beweis dafür, daß wirtschaftlicher Notstand sich nicht durch Eingreifen der Gesetzgebungsmaschine erzielen lasse.

Die ratlosen Fachleute

Die Zeitschrift „Nova Svoboda“ in Prag schreibt:

„In der Debatte über die österreichisch-deutsche Zollunion find wir auch nicht um einen Schritt weiter gekommen. Wir wissen nur, daß unsere bisherige Handelspolitik nichts wert war — darin stimmen sonderbarerweise nicht allein diejenigen überein, die für den Beitritt der Tschechoslowakei zur Zollunion sind, sondern auch diejenigen, die deren Gegner sind —, daß ein anderer Weg eingeschlagen werden muß und daß der Beitritt zur Zollunion unmöglich ist; aber was eigentlich geschehen soll, was für Richtlinien als Grundlage genommen werden sollen, das weiß niemand. Die Rundgebungen der wirtschaftlichen Spitzenorganisationen sind ungewöhnlich interessant wegen ihrer völligen Ratlosigkeit. Die Handelskammern haben sich gegen die Zollunion ausgesprochen, zugleich aber auch gegen die bisherige Handelspolitik. Die Textilleute sind für den Beitritt zur Zollunion, und der tschechische Industriellenverband schweigt noch immer. Die Beratungskörperschaft für Wirtschaftspragen hat eine Rundgebung herausgegeben, die nur dadurch interessant ist, was sie nicht enthält. In ihrer Resolution wird gesagt, daß die handelspolitische Lage in Europa sich in einer solchen Weise gestaltet hat, daß sie imperativ die

Verständigung aller interessierten Kreise der Tschechoslowakei über eine einheitliche wirtschaftliche Linie erfordert, welche uns eine möglichst initiativ Teilnahme an den Verhandlungen über die Regelung der handelspolitischen Dinge in Europa ermöglicht.“ Diese Rundgebung läßt erst zum Nachdenken über die Grundlinien unserer Handelspolitik ein und sagt überhaupt nichts von der industriellen und der agrarischen Richtung, von den Zöllen, Kontingenten, Präferenzen und Meistbegünstigungsklauseln. Das ist freilich ein bißchen wenig für eine wissenschaftliche Beratungskörperschaft, die den wissenschaftlichen Mut haben soll, dort etwas Konkretes zu sagen, wo die Politiker nicht so frei sprechen können.“

Die Unruhen in der spanischen Region

Straßenkämpfe in Tetuan

London, 5. Mai. (R.) Ein Bericht aus Tetuan in Marokko gibt Einzelheiten über den Zusammenstoß zwischen spanischer Infanterie und royalistischen Soldaten der spanischen Fremdenlegion. Regionäre hatten eine Rundgebung veranstaltet, wurden aber von den Infanteristen überwältigt. Als die Nachricht im Hauptquartier der Fremdenlegion eintraf, bemühten sich die Soldaten ihrer Offiziere und hielten die königliche Flagge. Der Oberkommandant, General Sanjurjo, entsandte ein Regiment eingeborener Truppen mit 3 Kompanien Infanterie von Ceuta nach dem Hauptquartier, das umzingelt wurde. Am Sonntag vormittag ergaben sich die Regionäre.

Diese Ereignisse haben auf die Eingeborenen der Stadt Tetuan eingewirkt, wo es gestern zum Generalstreik kam. Ungefähr 3000 Personen versammelten eine Rundgebung und verlangten, daß spanische und eingeborene Arbeiter gleichberechtigt sein sollten, daß der stündliche Arbeitslohn eingeführt werde, daß die arbeitslosen Eingeborenen Arbeit erhalten sollten, und daß der Sonntag als Ruhetag durch den Freitag ersetzt werde. Auch wurde die Naturalisierung marokkanischer Juden gefordert. General Sanjurjo empfing eine Abordnung von 20 Personen, schickte sie aber wieder fort, bevor sie ihre Vorstellungen beenden hatte. Hierauf wurden die Fenster des Regierungsgebäudes eingeworfen und europäische Wäden geplündert. Eingeborene Kavallerie versuchte mit gezogenem Säbel die Menge zu zerstreuen. Da dies nicht gelang, wurden Infanterie und eine Maschinengewehrabteilung herangezogen und das Feuer eröffnet. Gestern um 16 Uhr wurde noch in den Straßen gekämpft.

Glossen

Das Gutachten der zur Vorbereitung des Abrüstungs-

Entwurfs für das Abrüstungsabkommen, das auf der großen Konferenz vom Februar des nächsten Jahres zustande kommen soll, tagte in Genf seit einiger Zeit ein Sachverständigenauschuß, um eine Formel zur Festlegung der Haushaltsausgaben für die Heeresrüstungen zu finden. Der Auschuß hat jetzt seine Feststellungen veröffentlicht. Sie sind durchweg negativ. So heißt es zum Beispiel, daß die Rüstungsstärke der einzelnen Länder, vor allem die wirklichen Ausgaben für die Bereitstellung von Rüstungsmaterialien nicht mit einander verglichen werden können, weil „eine Anzahl der Lieferungen und Dienste nicht in Geld bezahlt und deshalb auch nicht in den Heeresausgaben zum Vorschein treten würden“. Der Bericht veröffentlicht dann ein ausführliches Verzeichnis solcher in ihrem Geldwert angeblich nicht abzuschätzenden Lieferungen und Dienste. Darunter fallen Zuwendungen an die staatliche und private Rüstungsindustrie, Sonderfonds, Beträge, die in den Etats der anderen Ministerien erscheinen, Zuwendungen öffentlicher und privater Körperschaften für die militärische Ausbildung der Jugend, Kapitalerhöhung solcher Gesellschaften, die sich mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigen, Übertragung von Haushaltsmitteln auf spätere Termine zur Beschaffung von Rüstungsmitteln, Herstellung und Kauf von Halbfabrikaten oder Ersatzteilen, die in Wirklichkeit nicht fertig verarbeitete Einzelteile von Waffen sind, u. dgl. Es ist auch dem militärischen und diplomatischen Laien ohne weiteres klar, daß eine solche Aufzählung von Gegenständen, die angeblich im Rüstungshaushalt nicht feststellbar sind, mit der Idee der Abrüstung nicht das geringste zu tun hat, daß sie vielmehr geradezu den Anreiz gibt, nun möglichst viele Ausgabenposten und Materialanschaffungen, die für militärische Zwecke von vornherein bestimmt sind, unter anderen Titeln zu verschleiern und sie an versteckten Stellen im Haushalt unterzubringen.

Neuer deutscher Generalkonsul in Kattowitz

Wie die „Östdeutsche Morgenpost“ in Beuthen von besonderer Seite erfährt, ist nunmehr die Entscheidung über die Neubesezung des Kattowitzer Generalkonsulats gefallen, und zwar ist der Ministerialdirektor Dr. Graf Raban Adelmann von Adelmanshausen zum Generalkonsul von Kattowitz ernannt worden. Graf Adelmann, der einem württembergischen Geschlecht entstammt und dem Zentrum angehört, ist im Jahre 1877 geboren und nach Absolvierung seiner Studien in Paris, Leipzig, Berlin und Greifswald in die preußische Verwaltung eingetreten. Von 1908 bis 1913 war er Regierungsrat im Oberpräsidium der Rheinprovinz, 1919 wurde er als Vortragsredner Rat in das Reichsministerium für die besetzten Gebiete und wurde bald darauf Abteilungsdirigent im Reichsministerium für die besetzten Gebiete. Er nahm an den Verhandlungen in Versailles 1919 und in London 1924 teil. Von 1925 bis zur Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete war er Stellvertreter des Reichskommissars für die besetzten Gebiete, Freiherrn Langwerth von Simmern in Koblenz. Im vorigen Jahre wurde er dem auswärtigen Amt überwiesen.

Wieder einem Deutschen das Auschankrecht gekündigt

bb. Budzin, 4. Mai. Immer weiter wird uns Deutschen der Lebensraum eingeengt. Ist es einem Deutschen schon lange unmöglich, irgendwelche Beamtenstellungen zu übernehmen oder sich im Tabakhandel zu betätigen, so wird es wohl in absehbarer Zeit auch keinen deutschen Gastwirt mehr geben.

Erst vor kurzem wurde im „Posener Tageblatt“ über die Entziehung des Schankrechtes bei den

Gastwirten Hagedorn in Hohendorf und Zellmer in Zantendorf berichtet.

Am 2. Mai wurde nun auch der Gastwirtsfrau Hedwig Müller in Wischin-Haund die Konzession gekündigt. Das Gasthaus ist in dem großen Dorf das einzige. Bis zur Stadt ist es weit. Trotzdem entschloß sich die Behörde, diesen Schritt zu tun. Bald wird es kaum noch eine Möglichkeit für den deutschen Menschen geben, sich sein Brot auf redliche Art zu erwerben.

Fleißige Sparer um ihr Hab und Gut gebracht

Zeugenausagen belassen die Mitglieder der Betrugsgenossenschaft schwer

em. Posen, 4. Mai. Die weitere Verhandlung gegen Pastorski, Kaniewski und Genossen greift immer weitere Kreise und zeichnet ein trübes Bild von den Betrugereien, die von dieser „Genossenschaft“ ausgeführt wurden, die so viele arme Leute um ihr Hab und Gut brachte.

Alle Zeugen behaupten, daß sie sich auf Grund der Anzeigen, die in den Zeitungen veröffentlicht waren (wonach jedermann nach einer kleinen Anzahlung Besitzer einer Anstalt werden kann!) dort meldeten. Regelmäßig wurden Manipulationsgebühren in Höhe von 50 Zloty abgenommen. Wer Mitglied werden wollte, mußte 105 Zloty zahlen.

Die Angeklagten beteuern unausgesetzt ihre Unschuld. Alle Schuld wälzen sie auf die restlichen Vorstandsmitglieder ab. Der Zeuge Kujawa handigte dem Angeklagten Kaniewski einen Wechsel in Höhe von 8000 Zloty zur Disposition aus. Als er um Rückerstattung bat, da er Verdacht schöpfte,

erhielt er einen Wechsel von der Genossenschaft über 5000 Zloty zurück,

welcher aber am Fälligkeitstage nicht eingelöst wurde und zu Protest ging, so daß Kujawa sein ganzes Barvermögen verlor.

Der Angeklagte Kaniewski bestreitet die Richtigkeit dieser Zeugenaussage. Er behauptet, die von Kujawa übergebenen Wechsel seien gefälscht gewesen. Er habe sogar Anzeige gegen Kujawa wegen Wechselgefälschung bei der Staatsanwaltschaft erstattet.

Wie der Vorsitzende aus den Akten feststellt, ist tatsächlich eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft eingegangen. Der Zeuge Kujawa behauptet aber ganz entschieden, daß er keine Anzeige erhalten hätte, auch wäre ihm nichts bewußt.

Unter vielen Tränen bezeugt Frau Rosalie Wamel, daß sie durch die Betrüger ihr Hab und Gut verloren hat. Auch als sie sich zu dem Angeklagten Kaniewski begab und das Geld zurück-

forderte, da ihr Sohn im Sterben lag, ließ er sich nicht erweichen. Von den eingezahlten 2600 Zloty gab er ihr nur das Reisegeld in Höhe von 6.30 Zloty zurück. Der Angeklagte Kaniewski leugnet auch hier. Von dem eingezahlten Gelde will er 250 Zloty dem Rechtsanwalt gezahlt haben, den Rest habe er der Frau Wamel zurückerstattet. Die Zeugin bestreitet das ganz entschieden. Eines Tages erschien im Büro der Zeugin Johanna Waloszczyk, welcher auf eine Anstalt rezeptionsierte. Auf die Anfrage seitens Pastorski, ob er Geld habe, erklärte er, daß er ein Sparbuchs über 6000 Zloty besitze. Pastorski fuhr nun mit Waloszczyk zu einigen Anstalten, die von Pastorski als Eigentum der Genossenschaft bezeichnet wurden. Natürlich mußte Waloszczyk bei der Rückkehr den Benzinverbrauch zahlen. Im Büro angelangt, erklärte ihm Pastorski, daß er, um eine Anstalt zu erhalten, das Sparbuchs der Genossenschaft übergeben müsse. Der nichtsahnende Waloszczyk überließ das Sparbuchs der Genossenschaft, welche den ganzen Betrag abhob.

Niemals hat er weder Anstalt noch Geld wiedergegeben.

Bei der Vernehmung des Zeugen Domanski belastet der Angeklagte Pastorski den Kaniewski mit der Aussage, daß er in einem Nachtlokal 800 Zloty verjubelt habe.

Der als Entlastungszeuge auftretende angebliche Vorsitzende der Genossenschaft behauptet, daß er keine Unterschriften geleistet habe, da ihm zu Ohren gekommen sei, daß die Genossenschaft auf betrügerischer Grundlage arbeite und der Antrag um Registrierung vom Gericht abgelehnt wurde. Der als Zeuge vernommene Rechtsanwalt Dr. Jeske bestätigt das.

Die Verhandlung wurde darauf auf morgen 9 Uhr vormittags vertagt.

Das Urteil wird wahrscheinlich am Mittwoch oder Donnerstag verkündet werden.

Kleine Posener Chronik

Die Polizei ist auf dem Posten. Wir berichten feinerzeit über den unerhört dreifachen Überfall auf Herrn Fr. Janowski in der ul. Sew. Wielozniskiego (der früheren Vitoriatrasse). Man wird sich erinnern, daß die beiden gefährlichen Banditen Andrzejewski und Zlotnik bereits sechs Stunden später dank dem raschen Eingreifen der Polizei unter Leitung des Kommissars Eugen Krapowicz vom 4. Polizeirevier festgenommen werden konnten.

Wie wir jetzt erfahren, waren die beiden Eindringlinge schon auf der Flucht aus ihrer Wohnung. Wäre die Polizei wenige Stunden später eingetroffen, so wäre den Banditen wahrscheinlich die Flucht gelungen. Die beiden Verbrecher waren kurz vor dem Überfall aus dem Zuchthaus ausgebrochen. Ihre gesamte Beute konnte ihnen wieder abgenommen werden. Die Banditen sitzen jetzt in der Mühlenstraße hinter Schloß und Riegel.

Entführung eines Knaben? Der 15jährige Stanislaus Knoch, welcher in einer Anstalt in Schwet. A. W. in der Lehre war, wird seit dem 29. April d. J. vermißt. Es wird angenommen, daß der Knabe sich unter dem Namen Janowski bei seiner Mutter, der Sängerin Lutwita-Janowska, aufhält, die ihrem Ehemann verlassen hat. Der Vater bittet um Nachrichten über den Aufenthalt des Sohnes an die Polizei in Schwet. A. W. Personalbeschreibung: groß, schlant, dunkelblondes Haar, schmales Gesicht, Augen braun.

Kirchendiebstahl. Aus der Muttergotteskirche entwendeten unbekannte Diebe vom großen Altar drei Weinwanddecken mit Spitzenbesatz. — Ermittlungen sind eingeleitet.

Ueberfahren. Die dreifährige Alexandra Slowinska, ul. Swierzewska 19 wohnhaft, wurde von dem Geknapp des Leon Tawner überfahren; die Räder gingen ihr über die Brust. Die Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus gebracht.

In der Warthe ertrunken. Gestern abend nach 9 Uhr spielte sich auf der Neuen Brücke, die zur Vorstadt St. Roch führt, ein tragischer Vorfall ab. Ein älterer Mann versuchte sich in die Warthe zu stürzen, woran ihn Passanten, u. a. auch eine Frau, hinderten. Es gelang ihm, sich loszureißen und sich von der Brücke in den Fluß zu werfen. Zeugen dieses Vorganges alarmierten die Feuerwehr, die vergeblich mit einem Rettungsschub das Wasser abjuchte. Wahrscheinlich hatte die starke Strömung der Warthe den Ertrunkenen bereits weitergeführt. Ermittlungen ergaben, daß es sich um den 65jährigen Walbert Romanowski handelt. Bis jetzt weiß man nicht, warum er sich das Leben genommen hat.

Die Ausstellung der drei Styla wird mit Rücksicht auf den regen Besuch bis Mitte Mai für das Publikum offenstehen. Wie wir erfahren, wird die Ausstellung dann nach Danzig gehen, um später auf die Insel Capri in das Styla-Museum gebracht zu werden. Die Ausstellung ist täglich von 10 Uhr vormittags bis zum Anbruch der Dunkelheit geöffnet.

Erben gesucht!

Der Rechtsanwalt Józef Wysocki, ul. Dąbrowskiego 44, teilt mit, daß in Brasilien ein Französischer Großvater ohne Nachkommen gestorben ist und ein Vermögen von etwa 480 000 amerikanischen Dollars hinterlassen hat. Alle Familien, die den gleichen Namen tragen, wollen spätestens bis zum 30. August d. J. vorläufig Stammbaumaufzeichnungen einreichen, die möglichst fünf Geschlechter umfassen sollen. Im Falle der Verwandtschaft mit dem Erblasser werden dann Originalurkunden nötig sein, die später erbeten werden. Vorläufig genügen aber Stammbaumaufzeichnungen und evtl. Abschriften der Geburtsurkunden. Es werden alle Zeitungen gebeten, diese Mitteilung zu wiederholen. Meldungen sind an Rechtsanwalt Józef Wysocki zu richten.

Wettkämpfe im Hippodrom

Im Hippodrom wurden am Sonnabend und Sonntag Pferdewettkämpfe ausgetragen, veranstaltet vom Großpolnischen Reitklub. Das Eröffnungsturnier (für Pferde, die bisher noch keinen Preis nahmen) gewann Oberleutnant Czajewski vom 7. Schützenregiment zu Pferde auf „Lucjan“, der fehlerfrei über die Bahn ging. Das Jagdspringen ging über zwölf Hindernisse (1,10 Meter hoch und 3 Meter breit). Im darauffolgenden Handicap-Wettkampf (15 Hindernisse, Höhe 1,20 Meter, Breite 3,50 Meter) siegte Oberleutnant Jarzycki vom 15. Manenregiment auf „Moj“, ebenfalls ohne Strafpunkte. 2. Oberleutnant Dabki-Neurlich auf „Sum-Beam“. 3. Oberleutnant Sotolnicki auf „Car“. 4. Leutnant Rutowski auf „Nelson“. 5. Oberleutnant Czajewski auf „Lucjan“. Der Sieg im Unteroffiziers-Wettkampf (Paar-Springen; 12 Hindernisse, Höhe 1 Meter, Breite 2,50 Meter) fiel an die 7. Artilleriedivision zu Pferde. Zwei stolze Schimmel passierten fehlerlos die Bahn. Ein Paar vom 15. Manenregiment machte vier Strafpunkte.

Am zweiten Tage gewann Wachtmeister Schefler von der 3. Pionierabteilung den Wettbewerb der Säbel-Gebrauchsprüfung. In der ersten Sprungkonkurrenz siegte General Zahorski vor Oberleutnant Czajewski, in der zweiten Hauptmann Misiewski auf „Lucjan“ vor Oberleutnant Brodzki und Oberleutnant Dabki-Neurlich. Eine Konkurrenz fiel aus.

Ostrowo

+ Wegen fahrlässiger Tötung zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Vor dem hiesigen Bezirksgericht hatten sich der Forstbeamte Peter Rojak und sein Sohn Tadeusz Rojak aus Rososchütz, Kreis Ostrowo, wegen vorläufigen Mordes zu verantworten. Den Vorstoß der Verhandlung führte der stellvertretende Präses des hiesigen Bezirksgerichts Dr. Gmurowski, die Anklage vertrat der Staatsanwalt Dr. Halata, die Verteidigung hatte Rechtsanwalt Janowski übernommen.



LUX für alle feine Wäsche

Lux ist billiger! Nun können Sie Ihre Sachen schonend waschen, im milden, reichen Schaum, den die zarten Flocken ergeben. Lux reinigt gründlich, aber es greift nie an.

Farben, Stoffe, Hände schont der milde Schaum von

LUX

In der Dämmerstunde des 3. Februar d. J. fuhr Rojak mit einem Geknapp von Rososchütz nach Oboot, wobei er den Jan Frantewicz antraf, der einen Arm voll Birkenruten zum Besenbinden aus dem Walde heimtrug. Rojak, sein Sohn und die ihn begleitenden beiden Forstleuten Wiszki hielten Frantewicz auf dem Wege an, zwangen ihn unter Androhung des Erschießens, die Hände hoch zu halten und veranfalteten eine Leibesvisitation, wobei sie Fr. mißhandelten. Auf seine Hilferufe kam der 72 Jahre alte Vaters des Frantewicz hinzu, der die Knechte zur Rede stellte. Auf den Bruder des Geknappten, der mit einer Dunggabel herbeigeeilt kam, feuerte Rojak aus einem Jagdgewehr zweimal, ohne ihn jedoch ernsthaft zu verletzen. Unterdessen kam auch ein Nachbar herbei, der Rojak wegen des Schießens Vorwürfe machte. Unterdessen näherte sich auch der Vater des Geknappten. Rojak gab nun zwei weitere Flintenschüsse ab, von denen einer den alten Frantewicz in den rechten Oberschenkel unweit des Knies traf. Als inzwischen die Menge dem Rojak das Gewehr entriß, gab er seinem Sohne Tadeusz, der einen russischen Trommel-Armeevorder bei sich trug, den Auftrag zum Schießen. Tadeusz Rojak gab darauf zwei Revolvergeschosse ab; der eine schlug den bereits in einer Blutlache liegenden Frantewicz in die Brust. Nach dem Vorfall entfernten sich die Förster mit dem Fuhrwerk. Frantewicz starb eine Stunde später infolge Verblutung.

Ein Teil der geladenen Zeugen schildert den Vorfall zu Ungunsten des Angeklagten. Interessant ist eine Zeugenaussage, in der beiderseits, daß der Besitzer der Herrschaft Rososchütz den Auftrag gegeben hat, jeden zu schlagen und auf jeden zu schießen, der auf dem Gutselände angetroffen wird. Der Besitzer übernehme die Verantwortung. Es muß erwähnt werden, daß in der Gegend stark gewildert wird und Rojak sich wegen seines energischen Auftretens gegen Wilddiebe bei diesen sehr verhasst gemacht hat.

Der Staatsanwalt hielt die auf Mord lautende Anklage aufrecht. Der Verteidiger plädierte für die beiden Angeklagten auf mildernde Umstände, da sie in der Notwehr gehandelt hätten. Nach längerer Beratung fällte das Gericht folgendes Urteil: Peter Rojak wird zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt, sein Sohn Tadeusz, der noch nicht das 18. Lebensjahr erreicht hat, zu einem Jahr Gefängnis. Außerdem haben die Angeklagten die gesamten Gerichtskosten zu tragen.

Ziffa

K. „Früh übt sich...“ Erste Maianacht für die deutschen Katholiken in der hiesigen Pfarrkirche. Andächtig beteten die Kirchenbesucher zur Gottesmutter. Währenddessen öffnet ein 9-10 jähriges Mädchen die Handtasche einer neben ihr sitzenden Frau und stiehlt ihr 5 Zloty. Zum Glück bemerkt die Frau sofort den Diebstahl und kann ihr das gestohlene Geld wieder abnehmen. Ein wirklich seltener Fall von Diebstahlsfreudigkeit. In dem allgemeinen Staunen der Umstehenden über diese Frechheit der jungen Diebin gelang es ihr zu flüchten. — Als „gut erzogenes“ Kind tauchte sie aber vor dem Hinausgehen noch die Finger in den Weistessel und betraute sich.

K. Der neue Kreisarzt. Dr. Heinrich Augustowicz übernahm mit dem 1. Mai d. J. seine Amtstätigkeit als neuernannter Kreisarzt für den hiesigen Kreis, und wird Interessenten in seiner Wohnung auf der Bismarckstraße Nr. 8, 1. Etage (ul. Rejczyński) in der Zeit von 8-10 Uhr empfangen.

K. Diebstahl. In der Nacht vom 1. zum 2. Mai wurde aus der Wohnung des Stefan

Góralski eine Geldkassette mit Inhalt gestohlen. Die Polizei verfolgt bereits eine bestimmte Spur.

K. Der Magistrat gibt bekannt, daß die Hinderfinallee und der Platz an der Lindenstraße (Lipowa) zur allgemeinen Benutzung dem Publikum geöffnet wurden. Die Aufstellung der Bänke erfolgt in den nächsten Tagen. Beide Anlagen, die mit kostbaren Bäumen und Sträuchern bepflanzt wurden, werden dem Schutze des Publikums empfohlen.

K. Wichtig für Bienenzüchter. Der Termin für die Versicherung der Stämme vor der zivilrechtlichen Verantwortung läuft für die Mitglieder des Bienenzüchtervereins am 15. d. M. ab. Der Beitrag beträgt für jeden Stamm 20 Groschen. Anmeldungen nimmt der Sekretär des hiesigen Bienenzüchtervereins, Herr Josef Rzepka, Lissa, Ring 14, entgegen.

K. Ein Schornsteinbrand entstand am vergangenen Sonnabend mittags gegen 12.30 Uhr im Hause Alderstraße Nr. 8 (Sienkiewicza). Beim Eintreffen der Feuerwehr war die größte Gefahr bereits beseitigt, und die Wehr konnte bald wieder abräumen.

Rawitsch

□ Schäden auf den Fluren. Der viele Regen der vergangenen Wochen richtete auf den Feldern bedeutenden Schaden an. Besonders hart wurden die tiefer gelegenen Teile weiltlich und südlich unserer Stadt betroffen. Auf weiten Strecken standen und stehen heute noch die Saaten unter Wasser. Pflanzen und deren Wurzeln erlaufen und verfaulen. Nicht minder ist der Schaden bei den Frühjahrseinstellungen. Die frisch gepflanzten Kartoffelknollen sind verfault, der Rüben samen weggeschwemmt, der teuer erworbene Kunstdünger ausgewaschen und weggeschwemmt. Der Schaden ist vielfach für die Landleute um so größer, als sie im Herbst ihr Getreide — gewöhnlich finanziellen Verpflichtungen wegen — für einen Spottpreis hergeben mußten und nun — da die Speicher leer sind — für eine eventuelle Neubestellung viel teurer Saatgetreide kaufen müssen. Kein Wunder, wenn die Klagen der Landwirte lauter werden und die Bauern sehr schwarz in die Zukunft blicken.

□ Steuer an die Landwirtschaftskammer. Die Großpolnische Landwirtschaftskammer setzte die Steuer für 1931/32 auf 2,82% des reinen Katastereinkommens, ausgedrückt in Gold 47 Pf. = 1 Zloty, fest. Die Zahlung der Steuer hat binnen 7 Tagen nach Einhängung der Zahlungsaufforderung (durch Magistrat bzw. Wojt) in der Kassa Starbowa in Rawicz zu erfolgen. Bei Verspätung werden 2 % Verzugszinsen und evtl. Kosten der Zwangseintreibung berechnet. Der Magistrat bzw. das Wojtamt ist von der Bezahlung der Steuer auf der Kasse zu verständigen.

Samter

□ Diebstahl. In der letzten Nacht wurden in Pierik und Btyn zwei Fische bestohlen. Die Diebe nahmen verschiedene Fischereigeräte im Werte von etwa 5000 Zloty mit. Das Eigentümliche ist, daß dicht neben dem Schuppen, in dem sich die Fischereigeräte befanden, Hunde und Wächter waren, die nichts von dem Diebstahl merkten.

Wirklich

□ Die Drainagegenossenschaft Niejchowo und Dobowo hält am 18. Mai eine wichtige Sitzung ab, wozu allen Mitgliedern die Teilnahme dringend empfohlen wird.

Das Wechselinfasso durch die Postämter

Neue Bestimmungen

Die Postdirektionen haben vom Warschauer Postministerium und vom Justizministerium neue Vorschriften über das Infasso und den Protest von Wechseln durch die Postämter oder Postagenturen erhalten.

Nach den neuen Vorschriften kann die Post Wechselinfasso bis zu 2000 Zloty besorgen, wenn der einzufassierende Betrag an den Auftraggeber auszuzahlen ist. Bei einer Ueberweisung der Forderung an die Postparaffassen ist ein Infasso bis zur Höhe von 10 000 Zloty zulässig. Bisher konnten der Post Infassoaufträge nur bis zur Höhe von 1000 Zloty erteilt werden. In einem an die Post gerichteten brieflichen Infassoauftrag können sich nicht mehr als fünf Wechsel mit verschiedenen Zahlungsterminen und verschiedenen Schuldnern befinden. Jedem Wechsel ist jedoch ein besonderes Auftragsformular beizulegen. Auf Grund von Zahlungsbefehlen sind Infassos bis zu 1000 Zloty zulässig. Der Auftraggeber kann den Auftrag stellen, daß die einzufassierten Beträge direkt an ihn oder an die Postparaffasse bzw. an ein anderes Finanzinstitut überwiesen werden.

Der Auftraggeber kann verlangen, daß der zum Infasso gegebene Wechsel im Falle der Nichtzahlung vom Postamt protestiert wird, jedoch nur dann, wenn sich am Zahlungsort ein Postamt befindet. Die Postämter protestieren Wechsel nicht: a) wenn der nichtbezahlte Wechsel die Summe von 2000 Zloty übersteigt, b) wenn der Wechsel in einer anderen als der Landessprache ausgestellt ist, mit Ausnahme in Polen und Pommern, wo Wechsel in deutscher Sprache ausgestellt werden können, und einigen östlichen Wojewodschaften, wo Wechsel in russischer Sprache zulässig sind; c) wenn der Wechsel im Ausland und auf fremde Valuta ausgestellt ist; d) wenn der Wechsel im Gebiete der Freien Stadt Danzig zahlbar ist, auch dann, wenn er auf polnische Valuta lautet, e) wenn der Wechsel bei gleichzeitiger Vorlage einiger Exemplare oder einer Kopie protestiert werden soll.

Die Infassoaufträge sind auf von der Post gelieferten Formularen aufzugeben, wobei diesen die Infassodokumente beizulegen sind. Die Infassoaufträge sind in polnischer Sprache auszufüllen. Außer von Wechseln können der Post auch andere schriftliche Zahlungszusicherungen, wie Kupons und Wertpapiere, Bahnfahrtscheine, Versicherungspolizen sowie sämtliche Handelsdokumente und quittierte Rechnung zum Infasso übergeben werden. Auf allen Dokumenten müssen die genaue Adresse, der Vor- und Name des Schuldners sowie die Höhe der Forderung angegeben sein.

Das Postamt nimmt den Protest des Wechsels nicht vor, wenn der Brief mit dem Infassoauftrag am letzten Tage vor dem Zahlungstermin einläuft und das Postamt mit Rücksicht auf die späte Zeit und die Abwesenheit des zuständigen Postboten diesen nicht rechtzeitig zur Zahlung vorlegen kann. Wechsel, zu denen der Protestantrag vom Auftraggeber gestellt worden ist, können vom Schuldner auch teilweise bezahlt werden, wobei die Post nur den nichtbezahlten Betrag protestieren läßt. Alle anderen Dokumente werden den Schuldner erst nach Bezahlung des ganzen Betrages ausgefolgt.

Für den Protest von Wechseln erhebt die Post folgende Gebühren: für Wechsel bis 100 Zloty 2 Zloty, von 100 bis 250 Zloty 2,50 Zloty, von 250 bis 300 Zloty 3,10 Zloty, von 300 bis 400 Zloty 4,50 Zloty, von 400 bis 500 Zloty 5,60 Zloty, von

500 bis 600 Zloty 6,10 Zloty, von 600 bis 1000 Zloty 8,10 Zloty, von 1000 bis 2000 Zloty 12,20 Zloty. Außerdem wird für Manipulationsgebühren und kommunale Steuern 0,5 Prozent von der Wechselsumme erhoben. — Diese neuen Vorschriften sind bereits in Kraft getreten.

Steuerzahlungserleichterungen für die Landwirtschaft

Durch die gegenwärtige ungeheure Notlage der Landwirtschaft, durch die auch die Steuerkündnisse des Fiskus in großem Maße bedroht sind, hat sich das Finanzministerium veranlaßt gesehen, für unsere Verhältnisse weitgehende Steuerzahlungserleichterungen zu gewähren. Diese werden in einem Rundschreiben vom 20. April dieses Jahres bekanntgegeben, und betreffen Rückstände der Grundsteuer, Vermögenssteuer und Einkommensteuer.

1. Grundsteuer:

Alle Rückstände der Grundsteuer per 31. März d. Js. dürfen folgendermaßen bei Berechnung von 1/2 Prozent Verzugszinsen monatlich abgezahlt werden. Die Hälfte ist in zwei Raten, die am 15. November 1931 und 15. Februar 1932 fällig sind. Der Zahlungstermin der zweiten Hälfte wird durch die spätere Verordnung des Finanzministeriums bekanntgegeben werden. Wenn diese Fristen nicht eingehalten werden, dann werden die fälligen Raten zwangsweise eingezogen bei Anrechnung von 1 Prozent Verzugszinsen.

Diese Zahlungserleichterungen gelten sowohl für die staatliche Steuer als auch für den kommunalzulag.

Endlich Zahlungserleichterung für die Umsatzsteuer

Der Mai ist für die meisten Steuerzahler ein sehr harter Monat. In diesen Monat fallen die Zahlungstermine für die wichtigsten großen Steuerzahlungen: Am 1. Mai Zahlung der ersten Rate der Einkommensteuer, am 15. Mai Zahlung der Umsatzsteuer für 1930 laut Veranlagungsbescheid und Zahlung der ersten Rate der Umsatzsteuer für 1931. Durch die trüben Erfahrungen bei der Steuereinzahlung in der letzten Zeit ist das Finanzministerium zu der Ueberzeugung gelangt, daß das Zusammentreffen dieser Zahlungstermine große Zahlungsschwierigkeiten der Steuerzahler zur Folge hat, und hat sich daher veranlaßt gesehen, durch ein Rundschreiben vom 20. April d. Js. gewisse Zahlungserleichterungen zu gewähren, die hauptsächlich unserem Mittelstand zugute kommen, der am meisten unter dem Steuerdruck leidet.

Die Umsatzsteuer für 1930, d. h. die Differenz zwischen der veranlagten Steuersumme für 1930 und den vorgesehenen Vorauszahlungen, die nach dem Gewerbesteuergebot bis zum 15. Mai zahlbar ist, wird in zwei gleiche Monatsraten zerlegt, die bis zum 15. Mai bzw. bis zum 15. Juni d. Js. zu zahlen sind. Dies sind die endgültigen Zahlungstermine, und für sie gilt nicht die sonst übliche zinsfreie vierzehntägige Schonfrist.

Die im vorigen Absatz erwähnte Zahlungserleichterung erstreckt sich nicht auf etwa nicht in voller Höhe bezahlte Quartalsraten für 1930.

Ist die Ausreise nach Deutschland über Danzig ohne polnischen Auslandspaß strafbar?

Die zweite Kammer (4. Sektion) des Obersten Gerichts in Warschau hat in verstärkter Besetzung (7 Richter) in der Frage der Ausreise aus Polen nach Deutschland über Danzig das folgende Urteil — Aktensachen II. 4. K. 393/30 — gefällt. Wir werden am nächsten Dienstag an dieser Stelle eine eingehende Stellungnahme eines bekannten polnischen Juristen zu diesem Urteil bringen.

Der Punkt 1 des Artikels 22 der Verordnung des Staatspräsidenten über die Grenzen des Staates vom 23. Dezember 1927 ist folgendermaßen zu verstehen: Die in diesem Artikel vorgesehene strafrechtliche Verantwortung kommt also dann in Frage, wenn ein polnischer Staatsangehöriger die polnisch-Danziger Grenze auf Grund des Artikels 14 des polnisch-Danziger Abkommens vom 24. Oktober 1921 überschreitet und später die Danziger Grenze nach dem Meere oder dem Deutschen Reiche zu überschreitet, ohne im Besitz eines durch die zuständigen polnischen Behörden ausgestellten Auslandspasses zu sein, falls er im Augenblick der Ueberschreitung der polnisch-Danziger Grenze die vorgesehene Absicht hatte, über die Grenzen Danzigs hinaus weiterzufahren.

Das Oberste Gericht begründet seine These folgendermaßen:

1. Das zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig am 24. Oktober 1921 geschlossene Abkommen (Anlage zum Dz. U. 16/1922) gestattet in seinem „Personengrenzverkehr“ betrieblen Abschnitt die Ueberschreitung der gemeinsamen Grenze des Staatsangehörigen der beiden vertraglich verbundenen Parteien auf Grund eines durch die entsprechenden Behörden des Landes in seiner Amtssprache ausgestellten Personalausweises (Art. 14), Staatsbeamten auf Grund des Dienstausweises (Art. 16). Nach einigen Bestimmungen, die den Grenzverkehr der unmittelbar an der Grenze wohnenden Personen bzw. den Grenzübergang im Falle höherer Notstände regeln, bestimmt das Abkommen in Art. 26 ganz allgemein, daß die Freie Stadt Danzig polnischen Staatsangehörigen das Ueberschreiten der Danziger Grenze nach dem Meere und dem Deutschen Reiche zu nur dann gestatten wird, wenn diese einen Auslandspaß besitzen, der sie zur Ausreise aus oder zur Einreise nach Polen berechtigt. Die Vorschrift enthält in der angezogenen Fassung deutlich einen doppelten

2. Vermögenssteuer:

Alle Vermögenssteuerrückstände per 31. März 1931 werden bis zum 1. April 1932 gestundet. Für die gestundeten Rückstände werden 1 Prozent Verzugszinsen monatlich vom Fälligkeitstage der betreffenden Rate an berechnet.

3. Einkommensteuer:

Durch das oben erwähnte Rundschreiben ermächtigt das Finanzministerium die Präsidenten der Finanzkammern, Landwirten auf besonderen Antrag sämtliche Einkommensteuerrückstände per 31. März 1931 bis längstens zum 1. März 1933 zu stunden.

Die Einkommensteuer für das Steuerjahr 1931 fällt nicht hierunter.

Die Stundung darf nur bei Großgrundbesitzern auf eigenen und bei kleinen Landwirten auf Antrag der Gemeindebehörde nach vorheriger Prüfung der Zahlungsfähigkeit des Steuerzahlers und aller Verhältnisse, die auf dieselbe einwirken, gewährt werden; es ergibt sich also von selbst, daß ein solcher Antrag, wenn er Aussicht auf Erfolg haben soll, weitestgehend begründet werden muß. Für die gestundeten Beträge werden ermäßigte Verzugszinsen in Anwendung kommen, deren Höhe in jedem einzelnen Falle festgesetzt wird.

Diese können sofort, d. h. vom 15. Mai d. Js. an, einschließlich Verzugszinsen zwangsweise eingezogen werden. Dies ist natürlich nicht zulässig, wenn dem Steuerzahler vom Steueramt eine Stundung bzw. Ratenzahlung gewährt wurde.

Durch das oben zitierte Rundschreiben hat das Finanzministerium ferner die Zahlungstermine der ersten und zweiten Quartalsrate (Anzahlung) der Umsatzsteuer für das Steuerjahr 1931, die am 15. Mai bzw. 15. Juli fällig sind, auf den 15. Juli für die erste Rate und auf den 15. August für die zweite Rate verschoben.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß auf Grund mehrerer neuer Entscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichts nicht fristgemäß bezahlte Vorauszahlungen für die Umsatzsteuer von der Steuerbehörde nicht zwangsweise eingezogen werden dürfen.

Diese an sich sehr begrüßenswerten Zahlungserleichterungen betreffen, wie schon betont, in erster Linie die mittleren und kleinen Handwerker und Kaufleute, die keine Handelsbücher führen und darum am meisten unter dem Steuerdruck leiden. Für die größeren und mittleren Betriebe, die Bücher führen, sind diese Erleichterungen nicht von so großer Bedeutung, da diese Betriebe nicht so sehr von ungerechter, zu hoher Veranlagung betroffen werden und ihre Steuern bereits auf Grund ihrer Buchführung bezahlt haben.

Inhalt: Einerseits legt sie den Behörden der Freien Stadt Danzig die Verpflichtung zum Erlass von Bestimmungen auf, die polnischen Staatsbürgern die Ausreise aus Danzig verbieten, sofern diese polnischen Staatsangehörigen keinen Auslandspaß besitzen und sich auf Grund der in Art. 14 oder 16 angegebenen Legitimationen auf Danziger Gebiet aufhalten; andererseits bestätigt dieser Artikel 26 des Abkommens noch einmal — ganz unabhängig davon, ob die Danziger Behörden die (in ihm vorgesehene) Bestimmungen erlassen oder nicht — die auf allen polnischen Staatsangehörigen lastende Pflicht, sich mit polnischen Auslandspassen zu versehen, falls sie über das Danziger Gebiet hinaus ins Ausland reisen wollen und bestärkt ihre Verantwortlichkeit für eine Reise ins Ausland ohne Auslandspaß.

2. Auf Grund des Artikels 1 des Gesetzes vom 17. Juli 1924 unterliegen die Personalausweise (Pässe), die für eine Reise ins Ausland erforderlich sind, einer Gebühr. Daraus ist zu folgern, daß das zur Auslandsreise unbedingt erforderliche Ausweispapier (Dokument) ein in entsprechender Höhe bezahlter Auslandspaß ist. Wenn also die Verordnung des Staatspräsidenten über die Grenzen des Staates vom 23. Dezember 1927 — nachdem sie in Art. 1 die Grenzen des Staates feststellt — in Artikel 2 bestimmt, daß die Ueberschreitung der Staatsgrenze nur mit entsprechenden Ausweispapieren zulässig ist, bedeutet das soviel, daß das für die Ueberschreitung der Grenze zwecks Reise ins Ausland nötige Dokument einzig und allein ein entsprechend bezahlter und durch die zuständigen Behörden ausgestellter Auslandspaß ist.

3. Von diesem Gesichtswinkel aus ist der Art. 22 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 23. Dezember 1927 — der eine Reihe strafrechtliche Verantwortlichkeiten aller derer vorsieht, die bewußt die Staatsgrenze ohne entsprechende Papiere überschreiten — so zu verstehen, daß er sowohl alle die betrifft, welche die Grenze ohne die Absicht im Ausland zu bleiben überschreiten, oder auch diejenigen, welche die Grenze ohne die erforderlichen Papiere überschreiten, die in dem von Polen abgeschlossenen Abkommen über den kleinen Grenzverkehr — wozu auch das polnisch-Danziger Abkommen gehört — vorgesehen sind, als auch diejenigen betrifft, welche die Grenze zwar

mit den entsprechenden Papieren überschreiten, aber die Absicht haben, sich längere Zeit ohne Auslandspaß im Ausland überhaupt aufzuhalten, d. h. außerhalb des Gebietes der Freien Stadt Danzig. Unabhängig von der Auslegung des Art. 22 — die sich aus der Gegenüberstellung dieser Vorschrift mit Art. 1 des Gesetzes vom 17. Juli 1924 und mit Art. 26 des polnisch-Danziger Abkommens ergibt — die ein allgemeines, keine Ausnahmen kennendes Verbot aller Reisen ins Ausland ohne Paß kennt, weist die in diesem Art. 22 vorgesehene Androhung einer besonders hohen Strafe (Gefängnis bis zu 1 Jahr oder Geldstrafe von 300 bis 10 000 Zloty oder eine der beiden Strafen) darauf hin, daß diese Vorschrift in den Augen des Gesetzgebers nicht nur ein ordnungsmäßiges Verbot (porządowy zakaz) darstellt, das lediglich formell die Ueberschreitung der Grenzlinie regelt, sondern ein Vergehen ist. Dieser Umstand legt dem Gericht, das diese Vorschrift anwenden will, die Pflicht auf, in jedem einzelnen Falle eingehend nicht nur das Bewußtsein des Angeklagten vor der Ueberschreitung der Grenzlinie, sondern auch die Absicht, mit welcher der Grenzübergang stattfand, zu beurteilen. Art. 22 sieht eine Strafe nicht nur für Ueberschreitung der Grenze ohne entsprechende Papiere, sondern auch für Grenzüberschreitung zwecks Reise ins Ausland ohne entsprechende Papiere vor (Art. 2 der Verordnung des Staatspräsidenten in Verbindung mit Art. 1 des Gesetzes vom 17. Juli 1924).

4. Wenn man nun von diesen Ausführungen zu dem konkreten Inhalt der zu entscheidenden Frage übergeht, ist festzustellen, daß die Ueberschreitung der polnisch-Danziger Grenze an dafür vorgesehenen Stellen auf Grund eines Beamtenausweises (bzw. Personalausweises — o. U.) in formeller und ordnungsmäßiger Hinsicht keine Anzeichen eines Vergehens aus Art. 22 der (in Frage stehenden) Verordnung enthält. Mit dem Augenblick jedoch, wo festgestellt wird, daß derjenige, der auf diese — formell legale — Art und Weise die polnisch-Danziger Grenze überschreitet, auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig vom deutschen Konsul einen Grenzübergangsschein erhielt, daß sich der Betreffende auf dem Seewege nach dem Deutschen Reich begab, und wo ferner festgestellt wird, daß dieses ganze Vorgehen, von der Durchreise durch Danzig angefangen, von vorherigen dem Stempel der vorgedachten Absicht, ins Ausland ohne entsprechende Papiere, d. h. ohne polnischen Auslandspaß zu reisen, trug, ist im Sinne der oben gemachten Ausführungen festzustellen, daß der Betreffende die Grenze unter Verletzung der Vorschriften — des Art. 1 des Gesetzes vom 17. Juli 1924 in Verbindung mit der Vorschrift des Art. 2 der Verordnung über die Grenzen des Staates — überschreitet, da er sich nicht einen vom Gesetz für eine Auslandsreise vorgeschriebenen Auslandspaß besorgte. Folglich unterliegt der Betreffende den Strafbestimmungen des Art. 22. Der Umstand, daß die Behörden der Freien Stadt Danzig die Frage der Ueberschreitung der Danziger Grenze durch polnische Staatsangehörige nach der Meeresseite und nach dem Deutschen Reiche zu nicht geregelt haben, daß sie diese Grenzüberschreitung ohne vorchriftsmäßige Papiere gestatten, ist für das Vorgehen der polnischen Staatsangehörigen bedeutungslos. Die polnischen Staatsangehörigen verpflichten im Augenblick der Ueberschreitung der Danziger Grenze nach dem Meere oder dem Deutschen Reiche zu der deklaratorische Inhalt des Art. 26 des polnisch-Danziger Abkommens und die mit dem Inhalt dieses Abkommens übereinstimmenden polnischen Gesetze, die einen Auslandspaß verlangen. Der Umstand dagegen, daß der Reisende im Augenblick der Ueberschreitung der polnisch-Danziger Grenze einen zum Ueberschreiten dieser Grenze berechtigenden Ausweis hatte, wird angesichts der — freilich ex post, hinterher, da ja eine gleichzeitige Feststellung unmöglich ist — festgestellten Absicht, ins Ausland zu reisen, bedeutungslos. Und die Ausreise ins Ausland unterliegt anderen Formalitäten.

5. Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus ist die gestellte Frage zu bejahen.

Steuer - Rundschau

Zur Zahlung der Einkommensteuer

Im Sinne der bestehenden steuerrechtlichen Vorschriften muß bis zum 1. Mai d. Js. die Einkommensteuer für das Steuerjahr 1931 in der Hälfte der Höhe bezahlt werden, die von der zuständigen Behörde auf Grund der vom Steuerzahler eingereichten Steuererklärung festgesetzt ist. Da der gesetzliche Termin zur Abgabe der Steuererklärung am 30. April d. Js. abläuft, ist der letzte Termin zur Zahlung der Hälfte der Einkommensteuer des Kalenderjahres 1930 der letzte Tag des Monats April. Alle Personen und Handelsunternehmungen, die zu diesem festgesetzten Termine Steuerklärungen nicht abgegeben haben, sind verpflichtet, die Einkommensteuer in Höhe der Hälfte des vorjährigen Einkommensteuerbetrages zu zahlen. Die Zahlung in dem eben genannten Termine wird von den Steuerbehörden als Voranschlag für die Einkommensteuer vom Steuerjahr 1931 angesehen. Nicht bezahlte Voranschläge werden im Sinne des Einkommensteuergesetzes als Rückstände, die der Zwangseintreibung unterliegen, (Art. 87 des Einkommensteuergesetzes) angesehen. Nach der endgültigen Festsetzung der Einkommensteuer durch die zuständigen Schatzungskommissionen, wird der Steuerrest zu bezahlen sein.

Einspruchsfrist gegen die Veranlagung zur Umsatzsteuer

Gegen die Veranlagung zur Umsatzsteuer kann jeder Steuerzahler Berufung einlegen und eine nochmalige Prüfung der Veranlagung durch die Prüfungskommission beantragen. Diese Berufung muß von allen natürlichen (physischen) Personen bis zum 15. Mai eingereicht werden, unabhängig davon, wann der Steuerzahler den Veranlagungsbescheid zugefassen erhalten hat.

Für juristische Personen (Aktiengesellschaften, G. m. b. H. u. w.) läuft die Berufungsfrist vierzehn Tage nach Zustellung des Veranlagungsbescheids ab.

Rechtspiegel

Die neue Rechtsanwaltsordnung

Die Kodifikationskommission ist inzwischen zur zweiten Lesung des Gesetzesprojektes über den Anwaltsberuf oder der sog. Rechtsanwaltsordnung in Polen übergegangen. Einige Teile wurden bereits in zweiter Lesung angenommen.

Nach den neuen Bestimmungen besteht ein oberster Anwaltsrat, den das Projekt mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet hat und als Aufsichtsorgan der Advokatur ansetzt. Die Advokatenappellationszeit soll im ganzen fünf Jahre dauern und aus einer zweijährigen Gerichtsappellatur und einer dreijährigen Advokatenappellatur bestehen. Verlangt wird die Ablegung eines Anwaltseidens vor einer Prüfungskommission, die aus dem Vorsitzenden des Anwaltsrats, zwei Anwälten und zwei Richtern des Appellationsgerichts besteht. Der Anwaltsappellant hat kein Recht, vor dem Appellationsgericht aufzutreten. Sein Lehrgang kann ein Anwalt sein mit mindestens fünfjähriger Anwaltspraxis. Der Anwaltsstand, der nach Ablegung der vorgeschriebenen Appellationszeit und des Anwaltseidens in die Anwaltsliste eingetragen werden will, muß außerdem ein moralisch unbefleckter Mensch sein und Fähigkeiten zur Ausübung des Anwaltsberufs zeigen. Das Projekt befreit von der Ablegung der Anwaltsappellatur und des Anwaltseidens die Richter und Staatsanwälte des Obersten Gerichts, die Richter des Obersten Kompetenzgerichtshofes, die Appellationsrichter und die Universitätsprofessoren der Rechte. Die übrigen Richter und Staatsanwälte sind von der Appellationszeit und dem Anwaltseidens befreit, wenn sie fünf Jahre die Stellung eines Richters oder Staatsanwalts inne hatten. Der Anwalt, der vor der Aufnahme zur Advokatur Land- oder Amtsrichter war, kann fünf Jahre nach dem Austritt aus der Richterschaft begründen, in der er vorher als Richter tätig war. Der Anwalt hat hinsichtlich der Forderungen aus der Führung des Rechtsstreites das Vorrecht der Befriedigung an Geldern und Werten des Mandanten, die sich in seiner Hand befinden oder hinterlegt sind.

Die Kodifikationskommission hat eine besondere Unterkommission zur Beratung eines Notariatsprojektes geschaffen. Diese Unterkommission hielt bereits einige Sitzungen an, in denen Grundzüge für das Gesetzesprojekt aufgestellt wurden.

Die Silberfrage

Von Dr. Ernst Hickmann.

Das Problem

Am 5. Dezember 1930 bezeichnete der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer „den starken Preissturz des Silbers, der die Kaufkraft eines Drittels der Weltbevölkerung weiter vermindert hat, als eine der allgemeinen Ursachen und Symptome der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise“. Ende Februar 1931 empfing der Vollzugsausschuss der IHK einen Hilferuf der chinesischen Landesgruppe, in dem auf die schwere Schädigung des Aussenhandels Chinas und die Störung einer Konsolidierung seiner Auslandsschulden durch die dauernde Verschlechterung des Silberpreises hingewiesen und die baldige Einberufung einer internationalen Konferenz zur Stabilisierung des Silbers gefordert wurde. Die Kammer hat dieses Ersuchen an den Völkerbund weitergeleitet mit der Bitte, bei den beteiligten Regierungen entsprechend vorstellig zu werden. Die internationale Bedeutung der Silberfrage ist damit von betrüblicher Stelle anerkannt.

Der allgemeine Preissturz an den Rohstoffmärkten hat das Silber in besonders starkem Masse miterfasst. Preisrückgänge wichtiger Rohstoffgruppen (1928=100)

	1929	1930	Ende Febr. 1931
Nichteisenmetalle	112	86	70
Textilrohstoffe	88	66	53
Kautschuk	96	61	37
Silber	81	66	46

Die Entwertung des Silbers wird in ihrem Ausmass nur übertroffen von der des Kautschuks. Die Tabelle zeigt auch, dass der Silberpreis stärker gesunken ist, als der Preis der anderen NE-Metalle. Die Auffassung, dass es sich bei der Entwertung des Silbers um eine Erscheinung ausschliesslich im Zusammenhang des Weltpreissturzes und im Ausmass der Entwicklung bei den anderen Metallen handele, ist damit wohl widerlegt, um so mehr, als die Silberpreissenkung schon lange vor dem Umschwung auf den anderen Märkten einsetzte.

Bewegung der Silberpreise (d je Unze 925 fein)

Jahr	Maximum	Minimum	Durchschnittspreis
1920	89 1/2	38 1/2	61 1/2
1921	43 1/2	30 1/2	36 1/2
1922	37 1/2	30 1/2	34 1/2
1923	33 1/2	30 1/2	31 1/2
1924	36 1/2	31 1/2	34
1925	33 1/2	31 1/2	32 1/2
1926	31 1/2	24 1/2	28 1/2
1927	28	24 1/2	26 1/2
1928	28 1/2	26 1/2	26 1/2
1929	26 1/2	21 1/2	24 1/2
1930	21 1/2	14 1/2	17 1/2
1931	13 1/2	12 1/2	—

Der Sturz des Silberpreises schwächte die Kaufkraft der Produzenten von Silber; insofern war seine Wirkung nicht verschieden von der des Zusammenbruchs anderer Warenpreise. Der weitaus grösste Teil der Silberausbeute der Welt, über 80 Prozent, wird in Amerika gewonnen, dessen Länder, vornehmlich Mexiko und die Vereinigten Staaten, an einer Preisstabilisierung also stark interessiert wären. In Mexiko wurden bereits Silberminen stillgelegt, und das Land musste ein neues Schuldenabkommen treffen, bei dem die Gläubiger ihm angesichts der Beeinträchtigung seiner Zahlungsfähigkeit, wie sie der starke Rückgang des Silberpreises mit sich brachte, ein zweijähriges Transferratorium zugestanden.

Von den Aktiengesellschaften

Friedenshütte verpachtet Kohlen-gruben an Ballestrem

Die Friedenshütte AG., deren Kapital von 47 Mill. Zloty zu 70 Prozent im Besitze der Graf Ballestrem-Verwaltung und zu 30 Prozent im Besitze der Oberschlesischen Eisenbahnbetriebs-AG. ist, hat den Betrieb ihrer Steinkohlengruben an die Graf Ballestrem-sche Verwaltung verpachtet. Diese betreibt jetzt insgesamt fünf Gruben mit einer Jahresproduktion von rund 500 000 Tonnen und steht damit an der Spitze der polnisch-oberschlesischen Kohlenproduzenten. An-scheinend ist auch ein Zusammenschluss der polnisch-oberschlesischen Eisenhütten geplant.

Die Privatisierung der Zegluga Polska

Die Uebernahme von 48 Prozent der Aktien der Zegluga Polska durch privatwirtschaftliche Organi-sationen wurde auf dem 28. April in Kattowitz unter Teilnahme des Handelsministers Prystor statt-gefundenen Sitzung des Verwaltungsrats der Zegluga Polska beschlossen, und zwar sollen insbesondere die oberschlesischen Kreise herangezogen werden, an-gesichts des bevorstehenden Baus der Kohlenmagi-strale Oberschlesien—Odzingen.

In der gleichen Sitzung wurde der Bau von zwei neuen Schiffen für die Linie Gdöning—Helsingfors—Tallinn—Riga beschlossen, zu welchem Zweck u. a. der von der Wojewodschaft Schlesien zur Verfügung gestellte Betrag von 2.1 Mill. z verwendet werden soll.

Wie der Minister ferner erklärte, beabsichtigt er, dem Sejm während seiner Herbsttagung ein Gesetz über die autonome Selbstverwaltung des Hafens von Gdingen zu unterbreiten, wobei zur Verwaltung wie zu der Exploitation des Hafens ebenfalls die inter-essierten Wirtschaftskreise herangezogen werden sollen.

Wie von anderer Seite noch bekannt wird, sind Be-mühungen im Gange, die oberschlesische Industrie in besonderem Masse an der Zegluga Polska zu inter-essieren.

Bilanzabschlüsse polnischer Textilfabriken

Die Textilfirma Jacob Hirschberg in Lodz erzielte einen Reingewinn von etwa 300 000 z (Aktienkapital 3 Mill. z). — Die Textilfabrik Hirschberg & Birn-baum in Lodz erzielte 17 758 z Reingewinn bei einem Aktienkapital von 2 Mill. z. — Die Textilfirma Karl Hoffrichter in Lodz schloss mit einem Verlust von 150 440 z bei einem Aktienkapital von 3.5 Mill. z und einem — ortisationskapital von 1 259 658 z ab. — Die Textilfirma Adolf Horak in Lodz erzielte einen Reingewinn von etwa 700 000 z bei einem Aktien-kapital von 5 Mill. z. — Die Textilfirma Jarocinski und Söhne in Lodz schloss mit einem Verlust von 10 365 z bei einem Aktienkapital von 1 200 000 z ab. — Die Textilfirma Markus Kohn in Lodz schloss mit einem Reingewinn von 146 276 z bei einem Aktien-kapital von 5 Mill. z, einem Amortisationskapital von 3.3 Mill. z, Reserven von 1.7 Mill. z und Spezial-reserven von 0.9 Mill. z ab. — Die Bilanz der Gesell-schaft der Zgierz Baumwollmanufaktur A.G. schliesst für den 31. Dezember 1930 mit dem Betrag von 9 365 992.72 z ab, wobei der Gewinn im Jahre 1930 66 995.17 z ausmacht, der Verlust für 1929 (37 082.63 z) jedoch in Abzug gebracht wird, so dass der auf das Jahr 1931 übertragene Gewinn 29 912.54 z aus-macht. — Die Bilanz der AG. für Baumwollwaren Julius Müller in Lodz schliesst für das Operationsjahr 1930 mit 1 433 602.52 z ab, wobei der Verlust 239 938.75 Zloty ausmacht.

Verteilung der Silbererzeugung (in Tonnen)

	Welt	Mexiko	U.S.A.	Kanada	Südamer.	Europa
1913	6532	2199	2078	981	444	521
1925	7627	2889	2056	629	859	344
1926	7894	3057	1949	696	948	357
1927	7900	3253	1879	707	835	355
1928	8002	3376	1817	682	898	339
1929	8126	3381	1872	721	888	354
1930	7600	3297	1586	814	—	—

Von grösserer Bedeutung ist indessen die Frage für die grossen ostasiatischen Silberverbrauchsländer, besonders China, denn das weisse Metall ist vorerst immer noch nicht nur Handelsware wie jede andere. Es dient in jenen ungeheuren, dicht bevölkerten Ge-bieten als Vermögensträger und Zahlungsmittel. Seine Entwertung ruft im Inlande inflationsartige Er-scheinungen hervor; beispielsweise verzweigten chinesische Bauern bei der letzten Sojabohnenernte die Annahme des Verkaufspreises in Silber. Im Ver-kehr mit dem Auslande, dessen Geldsysteme auf Gold abgestellt sind, wird die Silberentwertung die Aus-fuhr anregen, die Einfuhr drosseln.

Aus den Aussenhandelsziffern Chinas und Indiens lässt sich allerdings eine solche Einwirkung der Silberpreisentwicklung noch nicht mit Deutlichkeit er-sehen; der Umsatzrückgang ihres Aussenhandels hielt sich im Rahmen der Rückgänge bei Goldwährungs-ländern. Das Institut für Konjunkturforschung weist darauf hin, dass die günstige Handelsbilanz sowohl Chinas wie auch Britisch-Indiens es diesen Ländern ermöglicht hat, neue Silber- und Goldmengen in einem Umfange aufzunehmen, der die Entwertung der vorhandenen Silberbestände ausglich. Allerdings ist vermutlich die Gunst der Handelsbilanz zu einem nicht geringen Teil durch die Silberentwertung mit-bedingt gewesen, bei stabilem Silberpreis wäre an-gesichts des grossen Bedarfs dieser Länder nach Produktionsmitteln und sonstigen Fertigwaren ihre Einfuhr vielleicht wesentlich höher gewesen. Wenn das Institut für Konjunkturforschung zu der Auf-fassung kommt, dass man angesichts dieser Umstände nur einen recht geringen Teil der gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Weltwirtschaft auf die Silber-entwertung zurückführen darf, so wird dem zuzu-stimmen sein. Doch lässt eine solche Betrachtung ausser acht, dass ohne den Silberpreissturz der Rück-gang der asiatischen Einfuhr sich vielleicht in sehr viel geringerem Umfange gehalten hätte, was für die nach China exportierenden, um jeden Preis auf Steigerung ihres Absatzes angewiesenen westlichen Industrieländer immerhin eine Erleichterung bedeutet hätte. So erklärt sich auch deren Interesse für eine

internationale Zusammenarbeit an einer Stabilisierung des Silberpreises, um die Aufnahmefähigkeit der ost-asiatischen Märkte zu erhöhen. Eine solche Zu-sammenarbeit müsste, ebenso wie jede andere Valori-sation, die Marktlage des Silbers durch Verringerung des Angebots oder Steigerung der Nachfrage zu be-influssen suchen.

Die Silberproduktion

Das Angebot wird wie bei jeder anderen Ware auch beim Silber bestimmt durch Erzeugung neuen Metalls und vorhandene Vorräte. Die Silberproduk-tion ist seit der Entdeckung Amerikas fast ununter-brochen, besonders stark aber seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, gestiegen.

Silbergewinnung der Welt (in Tonnen)

Jahr	1493—1600	1601—1700	1701—1800	1801—1860	1861—1875	1876—1900	1901—1915	1916—1920	1921—1925	1926	1927	1928	1929	1930
Jahresdurchschnitt	233	372	570	658	1470	3740	5886	5743	6916	7894	7900	8002	8126	7600

Die Steigerung der letzten Jahrzehnte ist darauf zurückzuführen, dass Silber heute nur noch zu einem kleinen Teil, zu etwa 20 Prozent der Welterzeugung, vornehmlich in Mexiko, als Hauptprodukt gewonnen wird — um 1900 noch zu etwa 50 Prozent —, im übrigen aber als Nebenprodukt bei der Gewinnung anderer Metalle — Blei, Zink, Kupfer — anfällt, deren Erzeugung mit der wachsenden Industrialisierung der Welt strukturell stark steigen musste. Aus diesem Automatismus der Silberproduktion ergibt sich die Unmöglichkeit, das Silberangebot von der Seite der Erzeugung her zu regulieren. Dabei ist davon abge-sehen, dass solche Valorisierungsversuche von der Produktionsseite her, wie sie in den letzten Jahren wieder und wieder bei einzelnen Waren versucht wurden, nach den bisherigen Erfahrungen nur mit vorübergehendem Erfolg rechnen können, es sei denn, die Verhältnisse liegen so günstig wie beim Nickel, wo praktisch die gesamten Weltvorkommen in einer Hand sind und in massvoller Preispolitik bewirt-schaftet werden. Infolge des verminderten indus-triellen Bedarfs und verschiedener Drosselungs-bemühungen ist zwar die Erzeugung der Nichteisen-metalle, mit denen zusammen Silber gewonnen wird, im Jahre 1930 von selbst gesunken und damit auch die Silberausbeute, aber der Markt konnte hiervon naturgemäss kaum entlastet werden.

(Fortsetzung folgt)

Organisation des Agrarkredits

Ueber 2 Milliarden z

beträgt die Verschuldung der polnischen Landwirtschaft

Anlässlich der Verhandlungen der süd- und ost-europäischen Staaten über die Bildung eines gemein-samen Agrarblocks Ende 1930 wurden auch die Fragen des Agrarkreditwesens in den einzelnen Staaten be-rührt und nach dem Zustandekommen des Agrarblöc-knisses auf der Sondertagung vom 11.—13. November 1930 der Beschluss gefasst, an die einzelnen Vertrags-kontrahenten (Bulgarien, Tschechoslowakei, Estland, Jugoslawien, Lettland, Polen, Rumänien und Ungarn) Zirkulare zu richten, die einen näheren Aufschluss über erwählte Materie herbeiführen sollen. Aus den nunmehr durch die massgebenden Warschauer Regie-rungsinstanzen ausgefüllten Fragebogen, die an die Mitglieder des Agrarblocks, an den Völkerbund und an das Internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom ge-sandt wurden, entnehmen wir interessante Einzel-heiten über das herrschende Agrarkreditwesen in Polen, und zwar über die vorhandenen Agrarkredit-institute, über die Arten der landwirtschaftlichen Kreditgewährung, über die Höhe der Verschuldung un-serer Landwirtschaft und ähnliches. Leider sind die Berechnungen der durchschnittlichen Belastung der landwirtschaftlichen Betriebe pro Hektar sehr proble-matisch, da die statistischen Aufzeichnungen sich nur auf die amtlicherseits unmittelbar oder durch die Ver-mittlung öffentlicher Banken gewährten Agrarkredite beziehen, während die umfangreichen Kredite, die aus privaten Kanälen der Landwirtschaft zufließen, un-berücksichtigt blieben, obwohl es sich hierbei nach sachverständiger Meinung um sehr grosse Beträge handelt. Abgesehen von dieser Lücke über die Höhe der Verschuldung sind die Angaben von grossem volkswirtschaftlichen Wert, da sie einen organisch zusammengefassten Ueberblick über das Agrarkredit-wesen Polens gewähren, aus dem das wichtigste her-ausgeschält sei.

Bank Rolny

Zu den wichtigsten Agrarkreditinstituten Polens gehören:

Die Hauptaufgabe der Bank besteht in der allge-meinen Unterstützung der Agrarwirtschaft und der mit ihr unmittelbar zusammenhängenden Nebengewerbe, in der Organisation des Kreditwesens für kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe, in der Unterstützung und Durchführung der Parzellierung des Siedlungs- und Meliorationswesens. Die Kreditgewäh-rung erstreckt sich auf kurz- und langfristige Kredite. Die letzteren werden in Pfandbriefen und Mellora-tionsobligationen erteilt. Am 1. 11 1930 bezifferte sich der Stand der langfristigen Kredite auf annähernd 304.6 Mill. In demselben Zeitabschnitt betrugen die kurzfristigen erteilten Kredite 190.4 Mill. z.

Bank Gospodarstwa Krajowego

Die Hauptaufgabe dieses Instituts besteht nach dem Statut in der Erteilung von langfristigen Krediten durch Emission von Pfandbriefen, von Kommunal-, Eisenbahn-, Bankobligationen, in der Unterstützung von Sparkassen, in der Förderung des Bauwesens und des Wiederaufbaues des Staates.

In der Praxis erstreckt sich die Haupttätigkeit der Bank auf die Beleihung von Immobilien grösserer landwirtschaftlicher Betriebe, desgleichen auf die Er-teilung von kurzfristigen Krediten an grössere Land-wirte. Die Summe der erteilten langfristigen Kredite in Pfandbriefen bezifferte sich am 1. November 1930 auf 55.6 Mill. z, der langfristigen Barkredite an agri-sche Handelsorganisationen auf 42.4 Mill. z, der kurzfristigen erteilten Kredite auf 80.8 Mill. z.

Bank Polski

Dieses Kreditinstitut erteilt benfalls Agrarkredite in grösserem Umfange. Seine Tätigkeit auf diesem Ge-biete ähnelt derjenigen der übrigen Emissionsinstitute. Die Höhe der kurzfristigen von ihm der Landwirtschaft gewährten Kredite betrug am 1. November 1930 etwa 270 Mill. z.

Bodenkreditanstalten

An derartigen Kreditinstituten sind in ganz Polen vier vorhanden, in Warschau, Posen, Lemberg und Wilna. Es sind dies Verbände von Landwirten, die ihre Aufgabe in der Erteilung von langfristigen Hypo-thekarkrediten erblicken. Die Summe der erteilten Kredite in Pfandbriefen bezifferte sich am 1. November 1930 auf 459.5 Mill. z.

Genossenschaftliche Kreditinstitute

Unter diesen sind zu unterscheiden: Die sogenannte Landwirtschaftliche Zentralkasse mit ca. 2590 Kredit-genossenschaften, die sogenannten Steficykassen mit

annähernd 530 000 Mitgliedern und schliesslich der Genossenschaftsverband mit 675 Kreditgenossenschaf-ten, die Volksbanken mit 492 000 Mitgliedern, wovon 60 Prozent auf Landwirte entfallen. Während die Steficykassen ihr Bestreben hauptsächlich der finan-ziellen Unterstützung des Staates bzw. der Landwirt-schaftsbank verdankt, basiert die Existenz der Volks-banken auf eigenem Vermögen. Am 1. November 1930 bezifferte sich die Höhe der durch die Steficykassen ver-teilten Kredite auf 73 Mill. z, die der Volksbanken auf 260 Mill. z.

Kommunal- und Gemeinde-sparkassen

Polen verfügte Ende 1930 über 363 Kommunalspar-kassen und etwa 831 Gemeindeparkassen. Die Höhe der Sparguthaben bezifferte sich bei den Kommunal-sparkassen am 1. November 1930 auf 511 Mill. z. Die agrarischen Kredite, die die Kommunal- und Ge-meindeparkassen gewähren, sind sehr gering.

Von Privatbanken, die Agrarkredite gewähren, sind zu erwähnen die Vereinigte Bodenbank in Warschau, die Bank Kwilecki und Potocki in Posen, die Posener Landbank, die Pommereller Bauernbank in Thorn, die Zuckerbank in Posen. Die an die Landwirtschaft ge-währten finanziellen Unterstützungen aller dieser Ban-ken betrugen am 1. November 1930 31 Mill. z.

Was die Arten der gewährten Kredite betrifft, so gibt es in Polen im wesentlichen nur kurzfristige und langfristige Kredite. Das mittelfristige Kreditwesen (1—5 Jahre) ist wenig entwickelt.

Die kurzfristigen Barkredite werden von den öffent-lichen Banken, ferner von den privaten Banken, von den Raiffeisen- und Schulze-Delitzsch-Kreditgenossen-schaften und den Kommunal- und Gemeindeparkassen gewährt. Von der Bank Polski, der Landeswirtschafts-bank und den privaten Banken werden die Kredite fast ausschliesslich an grössere Landwirte erteilt, während die Agrarbank, die Kreditgenossenschaften und die Kommunalkassen die mittleren und kleineren Landwirte unterstützen. Die kurzfristigen Waren-kredite in der Gestalt von Düngemitteln, landwirt-schaftlichen Maschinen usw. erteilen hauptsächlich die Agrarbank, die Produzenten, der private Handel usw.

Die langfristigen Barkredite werden fast ausschliess-lich von den staatlichen Banken, und zwar hauptsäch-lich aus dem zur Verfügung der Banken stehenden staatlichen Fonds gegeben. Die langfristigen Pfand-briefkredite werden von den öffentlichen Banken, von den privaten Hypothekenbanken (in Wilna und Lem-berg) und von den sogenannten landwirtschaftlichen Kreditinstituten erteilt.

Die Bank Rolny unterstützt die mittleren und klei-neren Landwirte, während die anderen Banken fast ausschliesslich grössere Landwirte mit den erwähnten Krediten versorgen. Die langfristigen Kredite in Mellorationsobligationen werden von der Agrarbank allen Landwirten, die sogenannte Wassergenossenschaften bilden, ohne Rücksicht auf die Grösse ihres Grund-eigentums, und zwar hauptsächlich für Meliorations-zwecke zur Verfügung gestellt. Die Sicherstellung der gewährten Kredite geschieht durch persönliche Hafung (Termin- und Kautionswechsel) u. Schuld-scheine, durch Kollektivhaftung (Genossenschaften), durch hypotheekarische Verpfändung, durch Lombardierung und durch sogenannte registrierte Pfandkredite.

Der Stand der Verschuldung der polnischen Land-wirtschaft gestaltete sich Anfang 1931 wie folgt:

I. Kurzfristige Kredite:

	Mill. z
a) öffentliche Banken	321.0
b) Bank Polski	270.0
c) Kreditgenossenschaften	240.1
d) Kommunalsparkassen	31.0
e) private Aktienbanken	74.5
zus.	936.6

II. Langfristige Kredite:

	Mill. z
in Obligationen und Pfandbriefen der sog. Bodenkreditgenossenschaft und der Hypothekenbanken	553.3
Barkredite vom staatlichen Fonds	384.2
in Pfandbriefen und Obligationen	360.2
zus.	2 297.7

Wie eingangs erwähnt, sind bei der Angabe der landwirtschaftlichen Verschuldung Kredite, die von privater Seite der Landwirtschaft zufließen, nicht mit-berücksichtigt worden. Aus diesem Grunde ist die Er-rechnung der Verschuldung pro Hektar der bebauten Fläche, nämlich 91.2 z oder 10.2 Dollar problematisch und von geringem volkswirtschaftlichen Wert.

Für wen werden Konkurse durchgeführt?

Die Kosten zweimal so hoch als die Einzahlungen. Im Jahre 1930 wurden 362 Konkurse eröffnet, davon entfallen 103 auf Industriefirmen und 259 auf Handels-firmen. Das Ergebnis (in 205 Fällen) umfasst ein Aktivum von 2,05 Millionen z, wovon 605 000 z den Gläubigern ausbezahlt wurden; dagegen betrugen die Prozesskosten nicht mehr oder weniger als 1,26 Mil-lionen z. Das Passivum in diesen 205 Fällen be-trug 31,7 Millionen z, davon 5,7 Millionen z be-vorrechtigte und 25,9 nichtbevorrechtigte Forderungen. Daraus ist zu ersehen, dass das Passivum dieser Unternehmen das Aktivum um 11,1 Millionen z über-schreitet.

Obige Angaben ergeben, dass die Konkurse nicht durchgeführt werden zugunsten der Gläubiger, son-dern vor allen Dingen zugunsten der Gerichtsorgane

Londoner Beratungen über die Handelsbank in Lodz

Die englischen Gläubiger der in Konkurs geratenen Handelsbank in Lodz werden sich am 5. Mai in Lon-don zu einer Konferenz versammeln, auf der der ent-gültige Beschluss über den zur Sanierung der Bank ausgearbeiteten Plan fallen soll. Die Konferenz, zu der auch Vertreter der polnischen Aktionäre der Handelsbank eingeladen sind, wird unter dem Vorsitz des Präsidenten des englischen Bankenverbandes Goschen arbeiten. Im Falle einer Genehmigung des Sanierungsplanes wird eine Abordnung der eng-lischen Gläubiger sich nach Warschau begeben, um mit dem polnischen Finanzminister über eine Wieder-aufnahme der Tätigkeit der Handelsbank in Lodz zu verhandeln.

Englische Konfektionskäufe in Lodz

Nach einigen Probelieferungen billiger Lodzer Kon-fektionswaren auf den englischen Markt wurden in Lodz dieser Tage neue Verhandlungen mit den eng-lischen Importeuren geführt, als deren Ergebnis der Abschluss grösserer Lieferverträge nach England er-wartet wird. Der Export Lodzer Konfektionswaren hat in der letzten Zeit stark zugenommen, was auf die ausserordentliche Billigkeit der Lodzer Erzeug-nisse (ein fertiger Anzug stellt sich auf 4 Dollar fob London) zurückgeführt wird.

Märkte

Produktenbericht. Berlin, 4. Mai. Unsicher. Brot-getreide kaum behauptet. Die durch die neue Brot-preiserhöhung geschaffene Lage und die Stellungnahme des zuständigen Ministers wurde an der Produkten-börse lebhaft erörtert, und infolge der Unsicherheit bezüglich eventuell erfolgender Regierungsmassnahmen gestaltete sich das Geschäft wieder äusserst schleppend. Das Inlandsangebot von Brotgetreide zur promp-ten Verladung war allerdings auch nur mässig. Sonn-abenforderungen konnten im allgemeinen nicht durch-geholt werden.

Bei Weizen rechnet man durch die Neuregelung der Auslandsweizeneinfuhr mit einer vorübergehenden Ent-spannung, und am Roggenmarkt zeigt sich Zurück-haltung, da man erst einmal abwarten will, ob aus den Mahlrogenreserven Abgaben erfolgen. Am Liefe-rungsmarkt war das Preisniveau kaum behauptet. Das Weizenmehlgeschäft hat sich nicht belebt, dagegen finden billigere Provinzroggenmehle zu gut begehren-ten Preisen Absatz. Hafer wird von der ersten Hand nur wenig angeboten. Nennenswerten Preissteigerun-gen im Promptgeschäft wirkten aber Offerten in hier lagernder Ware entgegen. Gerste sehr still.

Posener Viehmarkt.

Posen, 5. Mai 1931.

Auftrieb. Rinder 860, (darunter: Ochsen — Bullen —, Kühe —), Schweine 1930 — Kälber 860, Schafe 320, Ziegen —, Ferkel — Zusammen 3940.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Viehmarkt Posen mit Handelsunkosten).

Rinder:

Ochsen:

a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt	96—106
b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren	86—94
c) ältere	72—82
d) mäßig genährte	64—68

Bullen:

a) vollfleischige, ausgemästete	92—100
b) Mastbullen	80—90
c) gut genährte, ältere	72—78
d) mäßig genährte	62—66

Kühe:

a) vollfleischige, ausgemästete	96—106
b) Mastkühe	86—92
c) gut genährte	64—72
d) mäßig genährte	40—50

Färsen:

a) vollfleischige, ausgemästete	94—104
b) Mastfärsen	84—92
c) gut genährte	70—78
d) mäßig genährte	60—64

Jungvieh:

a) gut genährtes	60—66
b) mäßig genährtes	54—58

Kälber:

a) beste ausgemästete Kälber	86—100
b) Mastkälber	76—84
c) gut genährte	64—72
d) mäßig genährte	60—62

Schafe:

a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel	136—140
b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe	120—130
c) gut genährte	68—76
d) alte Mutterschafe	—

Mastschweine:

a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	108—110
b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	102—106
c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	96—100
d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg	90—94
e) Sauen und späte Kastrate	80—90
f) Bacon-Schweine	92—96

Marktverlauf: sehr ruhig.

Vieh und Fleisch. Warschau, 4. Mai. Schweine-fleisch Lebendgewicht nach der Versicherungskasse in Warschau für 1 kg 1.25—1.40 z. Aufgetrieben wurden 1200 Stück, Rest des Vormarktes 40 Stück. Tendenz: behauptet.

Getreide. Posen, 5. Mai. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty fr. Station Poznań

Transaktionspreise:	
Roggen 105 to	28.00
Richtpreise:	
Weizen	33.25-33.75
Mahlgerste	27.00-28.00
Futterhafer	29.00-30.00
Roggenmehl (65%)	41.50-42.50
Weizenmehl (65%)	50.50-53.50
Weizenkleie	21.50-22.50
Weizenkleie (dick)	23.00-24.00
Roggenkleie	21.50-22.50
Senf	42.00-47.00
Sommerwicke	45.00-47.00
Peluschken	47.00-50.00
Felderbsen	30.00-31.00
Viktoriaerbsen	36.00-40.00
Blaulupinen	26.00-28.00
Gelblupinen	34.00-38.00
Buchweizen	36.00-38.00
Speisekartoffeln	6.50-7.00

Gesamttenenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 30 to., Weizen 135 to.

Getreide. Warschau, 4. Mai. Amtlicher Bericht der Getreidebörse in Warschau. Die Kurse sind auf Grund der Marktpreise für 100 kg in Zloty, Parität Waggon Warschau, festgesetzt: Roggen 26-26.25, Weizen 34-35, Einheitshafer 28.50-29.50, Sammelhafer 27-28, Grützgerste 26.50-27, Weizenluxusmehl 60-70, Weizenmehl 4/0 55-60, Roggenmehl nach Vorschrift 42-44, mittlere Weizenkleie 23.50-24.50, Roggenkleie 21-22, Leinkuchen 32-33, Rapskuchen 26 bis 27, Feldspeiseerbsen 32-35, Viktoriaerbsen 40 bis 45, Rotklee 300-380, Weissklee 350-450, Saatwicke 44 bis 47, Seradella, doppelt gesäubert 82-87, Saatpeluschken 48-50, Blaulupinen 25.50-26.50, gelbe Saatlupinen 40-41, Speisekartoffeln 9.50-10.50. Umsätze und Angebote gering.

Lemberg, 4. Mai. Börsenbericht. Marktpreise für 100 kg in Zloty, Parität Lemberg: Gutsweizen 29.50-30, Sammelweizen 27.50-28, Einheitsroggen 23.25-23.50, Sammelroggen 22.75-23, Mahlgerste 23 bis 23.50, Hafer 26-26.50, Weizenmehl 48-49, Weizenluxusmehl 54-55, Roggenmehl 37-38, Weizen- und Roggenkleie 17-17.25. Börsenpreise Parität Podwoloczyska: Gutsweizen 27-27.50, Hafer 23.50-24. Marktpreise, Parität Podwoloczyska: Sammelweizen 25-25.50, Einheitsroggen 21.75-22, Sammelroggen 21.25-21.50, Einheitsgerste 23-23.50, Mahlgerste 21.25 bis 21.75, verregneter Hafer 21.75-22.25, schwarze Weizenkleie 34-35, Buchweizen 36.50-37.50, Roggen- und Weizenkleie 16.17-17, Buchweizenkörner 70-72. An der Börse wurden Umsätze in Weizen und Hafer getätigt. Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Wicke, Buchweizen, Kleien, Mehl und andere Artikel werden billiger. Tendenz: fallend; Marktverlauf: belebt.

Krakau, 2. Mai. Preise für 1 kg Lebendgewicht loko Markt: Bullen 1. Sorte 1.10-1.22, 2. Sorte 0.90 bis 1.10, 3. Sorte 0.70-0.90, Rinder 1. Sorte 1.19 bis 1.30, 2. Sorte 1.08-1.19, 3. Sorte 0.90-1.08, Kühe, 1. Sorte 0.95-1.12, 2. Sorte 0.80-0.95, 3. Sorte 0.55 bis 0.80, Färsen 1. Sorte 1.14-1.25, 2. Sorte 1-1.14, 3. Sorte 0.83-1, Kälber 1. Sorte 1.20-1.30, 2. Sorte 1-1.20, 3. Sorte 0.93-1, Schweinefleisch Lebendgew. 1. Sorte 1.30-1.40, 2. Sorte 1.15-1.30, 3. Sorte 0.95 bis 1.15, Schlachtgewicht 1. Sorte 1.65-1.75, 2. Sorte 1.55-1.65, 3. Sorte 1.40-1.55, Nieren-Speisetalg 1.10 bis 1.20. Tendenz: behauptet.

Kartoffeln. Berlin, 4. Mai. Speisekartoffeln: Weiss 1.70-2, rote 2-2.30, Odenwälder blaue 2.10-2.50, gelblichschne 2.90-3.30. Fabrikartoffeln 8 1/2-9 Pig. pro Stärkeprozent.

Warschauer Börse

Warschau, 4. Mai. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.905, Goldrubel 4.765, Tschernowetz 0.415 Dollar.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgien 124.12, Belg. 15.70, Berlin 212.50, Budapest 155.63, Bukarest 5.31 1/2, Helsingfors 22.45 1/2, Spanien 92.55, Kairo 44.51 1/2, Kopenhagen 238.92, Oslo 238.93, Riga 171.82, Sofia 6.47 1/2, Stockholm 239.17, Tallinn 237.68, Montreal 8.913.

Fest verzinsliche Werte

	4. 5.	2. 5.
5% Staatl. Konvert. Anleihe (100 zl)	48.50	48.60
6% Staatl. Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	71.51
10% Eisenbahn-Konvert. Anleihe (100 zl)	115.25	105.75
5% Eisenbahn-Anleihe (100 G. Fr.)	16.00	—
4% Prämien-Investitions-Anleihe (100 G. zl)	89.75	—
7% Stabilisierungs-Anleihe	—	—

Industrieaktien

	4. 5.	2. 5.		4. 5.	2. 5.
Bank Polski	125.00	125.00	Wegiel	28.00	28.00
Bank Dyskont	—	—	Nafta	—	—
Bk. Handl. i. W.	—	—	Polska Nafta	—	—
Bk. Zachodni	—	—	Nobel-Stand.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Cegielski	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpol	—	21.25
Pala	—	—	Modzelew	—	—
Spies	—	—	Norbis	—	—
Strem	—	—	Orthwein	—	—
Elektr. Dab.	—	—	Ostrowieckie	37.00	37.00
Elektryczność	—	—	Parowoz	—	—
P. T. Elektr.	—	—	Pocisk	—	—
Starachowice	10.75	10.30	Rohn	—	—
Brown Boveri	—	—	Rudzik	—	—
Kabel	—	—	Starachowice	—	—
Sila i Swiatlo	—	—	Urus	—	—
Chodorow	—	—	Zieloniewski	—	—
Czersk	—	—	Zawiercie	—	—
Cesactecce	—	—	Borkowski	—	—
Coalwice	—	—	Br. Jabkow	—	—
Michalow	—	—	Syndyk	—	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	—	92.00
W. T. F. Cukru	—	—	Herbata	—	—
Firley	—	—	Spizyn	—	—
Lazy	—	—	Zeglusa	—	—
Wysoka	—	—	Majewski	—	—
Sole Potasowe	—	—	Kijewski	—	—
Drzewo	—	—	Mirkow	—	—

Tendenz: etwas fester.

Amtliche Devisenkurse

	4. 5.	4. 5.	2. 5.	2. 5.
Amsterdam	—	357.92	359.72	357.89
Danzig	—	173.13	173.99	359.69
Berlin	—	212.20	212.80	212.9.
Brüssel	—	—	123.87	124.43
Helsingfors	—	—	—	—
London	—	43.29	43.51	43.29
New York (Scheck)	—	8.897	8.93	8.897
Paris	—	4.7850	34.97	34.97
Prag	—	26.37	26.37	26.49
Rom	—	46.61	46.85	46.62
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Oslo	—	—	—	—
Bukarest	—	—	—	—
Budapest	—	—	—	—
Wien	—	125.24	125.86	—
Zürich	—	171.41	172.30	172.30

*) Ueber London errechnet.

Tendenz: behauptet.

Danziger Börse

Danzig, 4. Mai. Reichsmarknoten 122.50, Dollarnoten 5.13 1/2, Zlotynoten 57.63, Scheck London 25.00 1/2. Am Devisenmarkt lagen heute Reichsmarknoten bei 122.38-62, Dollarnoten bei 5.1324-1426, Zlotynoten bei 57.58-69, Scheck London bei 25.00 1/2.

Posener Börse

Notierungen in %:		4. 5.	2. 5.
8 1/2% staatliche Goldanleihe (100 G.-zl)	—	47.50G	47.75G
5% Konvertierungsanleihe (100 zl)	—	—	—
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Fr.)	—	—	—
6% Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—	—
8 1/2% Pfandbr. der staatl. Agrarb. (100 G.-zl)	—	—	—
7% Wahn-Obliq. d. St. Posen (100 Schw.-Fr.)	—	—	—
8% Obliq. d. St. Posen (100 G.-zl) v. J. 1929	—	—	—
8% Obliq. d. St. Posen (100 G.-zl) v. J. 1926	—	—	—
8% Dollarbriefe der Pos. Landschaft (1 D.)	91.50	91.50	91.50
4% Konvertierungsfond d. P. Ldsch. (100 zl)	39.50B	39.50B	—
8% Amortisations-Dollarpfandbriefe	—	—	—
Notierungen je Stück:			
6% Rogg.-Br. der Pos. Ldsch. (1 D.-Zentner)	19.00B	19.25B	—
3% Posener Vorkr. Prov.-Obliq. (1000 Mk.)	—	—	—
3 1/2% Posener Vorkr. Prov.-Obliq. (1000 Mk.)	—	—	—
4% Posener Vorkr. Prov.-Obliq. (1000 Mk.)	—	—	—
3 1/2 u. 4% Pos. Pr. Obl. m. p. Steamp. (1000 Mk.)	—	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Ser. II (5 Dollar)	—	—	—
4% Prämien-Investitionsanleihe (100 G.-zl)	87.00G	—	—
8% Hypothekenbriefe	—	—	—

Tendenz: ruhig.

Industrieaktien

	4. 5.	2. 5.		4. 5.	2. 5.
Bank Polski	—	123.00G	Hartwig C.	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	H. Kantorowicz	—	—
Bk. Przemysl.	—	—	Herz. Victor.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	65.00	—	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Lubau	—	—
P. Bk. Ziemi	—	—	Dr. Roman May	21.00G	21.00
Bk. Stadtholz.	—	—	Mlyn Wagrow.	—	—
Arkona	—	—	Mlyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Piechcin	—	—
Browar Krot.	—	—	Płotno	—	—
Brzozki-Auto	—	—	P. Sp. Drzewna	—	—
Cegielski H.	35.00G	35.00G	St. Stolarska	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Tr	—	—
Centr. Skar.	—	—	Unja	—	—
Gołpian	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Gródzki Elektr.	—	—	Wyr. Cer. Krot.	—	—
Cukr. Zduny	—	—	Zw. Ctr. Mass.	—	—

Tendenz: ruhig.

G = Nachfrage, B = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Ums.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin, 5. Mai. (R.) Ohne dass das Geschäft zunächst als umfangreich zu bezeichnen war, konnte sich die freundlichere Stimmung der gestrigen New Yorker Börse und des heutigen Vormittagsverkehrs auf den Börsenbeginn übertragen. Die Spekulation schritt zu Senkungen, da zu den ersten Kursen Auslandsware ausblieb. Allgemein setzten sich Besserungen von 1-2 Prozent durch. Geld weiter eher leichter, Tagesgeld 5 1/2-7 1/2 Prozent und darunter. Reichsschuldbuchforderungen bis 1/2 Prozent fester. Im Verkehr lebhafter bei anziehenden Kursen.

Industrieaktien

Anfangskurse 12 Uhr mittags.		5. 5.	4. 5.	5. 5.	4. 5.
Accumulator	—	—	—	—	—
Adlerwerke	—	—	—	—	—
Aeschaffenburg	—	—	—	—	—
Bemberg	92.50	93.75	—	—	—
Berger, Tief.	248.62	257.25	—	—	—
Dt. Kabelw.	—	—	—	—	—
Dt. Wollf.	—	—	—	—	—
Dt. Eisenhd.	35.25	36.00	—	—	—
Feldmühle	118.00	120.50	—	—	—
Körting, Gebr.	—	—	—	—	—
Hohenlohe	—	—	—	—	—
Humpold	—	—	—	—	—
Lahmeyer	—	—	—	—	—
Laurahütte	—	—	—	—	—
Lorenz	—	—	—	—	—
Motor, Deuts.	—	—	—	—	—
Nordd. Wollf.	51.37	52.00	—	—	—
Pöge, Elkt. W.	—	—	—	—	—
Riedel	—	—	—	—	—
Sachsenwerke	—	—	—	—	—
Sarotti	—	—	—	—	—
Schl. Bg. u. Zk.	—	—	—	—	—
Schl. Textil	—	—	—	—	—
Schub. u. Sala	145.00	156.50	—	—	—
Stollb. Zink	—	—	—	—	—

Tendenz: freundlich.

Terminpapiere

	5. 5.	4. 5.	5. 5.	4. 5.
Dt. R.-Bahn	87.75	88.00	Ges. f. a. Unt.	118.25
A.G. f. Verkehr	59.75	62.25	Goldschmidt	42.25
Hamb. Amer.	55.50	56.50	Hbg. Elkt.-W.	—
Hamb. Süd.	110.00	—	Harpens. Bgw.	63.50
Hansa	80.00	—	Hoesch	61.25
Holmann	56.25	57.50	Holmann	57.00
Nordd. Lloyd	91.25	91.75	Iles Bergbau	175.75
Al. Dr. K. Ants.	100.50	100.25	Kali Asch.	—
Barmer Bank	119.00	120.00	Klöcknerw.	63.50
Berl. Hls.-Ges.	107.12	108.25	Köln-Neuss.	67.25
Com. u. P. Bk.	131.25	132.25	Mannesmann	71.75
Darmst. Bank	103.37	104.00	Mansf. Bergb.	33.25
Deutsch. Bank	—	—	Metalwaren	—
Disc.-Ges.	103.50	104.00	Nat. Auto-Fb.	—
Dresdner Bank	143.00	145.00	Obschl. Eis.-Bd.	72.25
Mittsch. K.-Bk.	151.00	153.25	Obschl. Koks.	49.25
Reichsb. Neue	100.25	101.75	Oreant. u. Kop.	—
Schulth. Pata.	—	—	Ostwerke	—
A. E. G.	—	—	Phönix Bsbau	53.25
Bergmann	43.12	42.00	Rh. Braunkohl.	167.50
Berl. Masch.-F.	46.75	45.12	Rh. Elkt.-W.	76.50
Baden	—	—	Riebeck	—
Cop. Hiss.-A.	—	—	Rütgerswerke	49.25
Charl. Wasser	84.00	84.50	Salzdetfurth	217.00
Conti Canth.	—	—	Schl. Elkt.-W.	119.50
Daimler-Benz	28.50	29.75	Schuck. u. Co.	134.75
Dessauer Gas	125.25	126.75	Siem. u. Halske	169.50
Dt. Erdöl-Ges.	68.75	70.37	Siem. u. Halske	169.50
Dt. Maschinen	—	—	Siem. u. Halske	169.50
Dynam. Nobel	—	—	Tietz, Leonh.	105.25
El. Licht.-Ges.	112.25	113.50	Transradio	—
El. Licht. u. Kr.	116.25	117.25	Ver. Glanzstoff	—
Essen. Steink.	143.00	145.00	Ver. Stahlw.	51.50
L. G. Farben	78.00	79.12	Westeregeln	145.75
Felton u. Guill.	76.25	76.75	Zellul. Waldh.	90.75
Gelsenk. Bgw.	76.25	76.75	Otavi	27.82

	5. 5.	4. 5.
Ablös. Schuld	—	55.50
Ablös. Schuld ohne Auslösungsrecht	—	5.62

Amtliche Devisenkurse

	4. 5.	4. 5.	2. 5.	2. 5.
Buenos Aires	—	—	—	—
Bukarest	—	—	—	—
Canada	—	—	—	—
Japan	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—
London	20.404	20.444	20.401	20.441
New York	4.1955	4.2035	4.1900	4.2030
Rio de Janeiro	0.300	0.302	0.300	0.302
Uruguay	2.727	2.733	2.727	2.733
Amsterdam	168.66	169.00	168.65	168.99
Athen	5.44	5.45	5.439	5.449
Brüssel	58.34	58.46	58.345	58.465
Danzig	81.38	81.74	81.38	81.74
Helsingfors	10.558	10.578	10.557	10.577
Italien	2.165	2.205	2.165	2.205
Jugoslawien	7.26	7.390	7.278	7.392
Kopenhagen	112.31	112.53	112.28	112.50
Lissabon	18.85	18.89	18.85	18.89
Oslo	112.30	112.52	112.29	112.51
Paris	16.395	16.435	16.393	16.433
Prag	12.448	12.448	12.446	12.446
Schweiz	80.78	80.94	80.80	80.96
Sofia	3.037	3.043	3.040	3.046

Die Heldenorgel von Kuffstein

Mit einem unvergleichlichen Festtag beging Kuffstein die Weihe seiner Heldenorgel, des ergreifendsten Denkmals, das Deutschland dem Gedächtnis seiner toten Soldaten je gesetzt hat. Schon am Sonnabend flutete bewegtes Leben durch die Straßen, die der Schmutz der Girlanden und ihrer Pforten und die zahllosen, von jedem Hause bis hinauf zum Kaiserturm der majestätischen Festung wehenden Fahnen in den österreichischen, Tiroler und bayerischen Farben zu Bildern von einzigartiger Schönheit zusammenfaßt. Mit Einbruch der Dämmerung, als die Berge im letzten Licht aufleuchteten, glühte um die Burg das rote Spiel der Scheinwerfer und erhellten Tau-

Menschen die Straßen füllten, als schon nach außen hin das Gemisch der Uniformen aller Waffengattungen der früheren sowie der Trachten aus allen Teilen Bayerns und Tirols die Zusammengehörigkeit Deutschlands und Österreichs bezeugten, die bei den offiziellen Feiern dann in Wort und Tat zu einer selbstverständlichen Erhärtung wurde, geträumt von dem durch die Taten des Weltkrieges geweihten Gedächtnis der Deutschen im Osten, am Rhein und jenseits des Brenners.

Während in den Straßen die Tausende den Lautsprechern lauschten, las in dem der Festung



Weihe der Heldenorgel auf Geroldsdorf

Der Festzug bewegt sich durch die Andreas-Hofer-Straße in Kuffstein; im Hintergrund die Feste Geroldsdorf.

Auf der Feste Geroldsdorf bei Kuffstein in Österreich, nahe der bayerischen Grenze, fand am Sonntag durch den Salzburger Fürstbischof Dr. Rieder die feierliche Einweihung der „Heldenorgel“ statt. Sie ist nicht nur das erste tönende Kriegerehrenmal, sondern auch das erste gemeinsame Denkmal zum Gedächtnis aller im Weltkrieg Gefallenen deutschen Stammes. Der Schall der Riesenorgel dringt kilometerweit nach Bayern und Tirol.

Jende von Lampen die Stadt. Während immer neue Vereine und Gruppen von Festteilnehmern unter klingendem Spiel durch die Straßen zogen, versammelten sich mehrere hundert Ehrengäste beim Begrüßungsabend der Stadt. Dabei überreichte der Bundesabgeordnete Blachfellner das Ehrenbuch des Orgelbaues, in dem neben dem Namen von 1566 Spendern die von mehr als 100 000 Gefallenen enthalten sind, der Stadt Kuffstein, für die es Bürgermeister Tormoer in Empfang nahm. Stürmisch begrüßt, sprach auch Ingenieur Max Detolo, ein früherer Kaiserjägeroffizier, allen, die seine Idee einer Heldenorgel verwirklichen halfen, prächtige Dankschreiben aus.

Unvergessliches Erlebnis aber wurden die Stunden des Sonntags, als mehr denn 20 000

zu Füßen liegenden Neuhoß Fürstbischof Dr. Rieder von Salzburg die Feldmesse und nahm dann die Weihe der Orgel vor, umgeben von der Versammlung der Ehrengäste, von den Fahnen der Vereine und Studenten, von Uniformen und der Front der vom ehemaligen Jungsbruder Kaiserregiment gestellten Ehrenkompagnie, von Presse, Film und Rundfunk sowie Führern deutschen Lebens. Anwesend waren u. a. der Bundespräsident Dr. Miklas, der neue deutsche Gesandte in Wien, Dr. Rietz, der bayerische Kultusminister Goldenberger, der Landeshauptmann von Tirol, Dr. Stumpf, General v. Lettow-Vorbeck, Dr. Reut-Nikolussi, Vertreter der Wissenschaft, der Künste und der Wirtschaft.

Es wurde ein Begrüßungstelegramm

an den deutschen Reichspräsidenten von Hindenburg geschickt. Als dann nach Beendigung der Zeremonie zum ersten Male für alle Deutschen die Heldenorgel ertönte, und ihre 1800 Stimmen im Tedeum zu brausen angingen, da legte es sich wie ein ungeheurer Bann auf die Stadt. Wortlos standen die Tausende mit entblößtem Haupt; das Andreas-Hofer-Lied grüßte die Tiroler jenseits der Grenze, und mit unwiderstehlicher Macht drang aus der Orgel die Stimme der Gefallenen in aller Herzen.

Ein Festzug faßte den Glanz des Tages zu einer eindrucksvollen Rundgebung zusammen.

Die Verhandlungen um die Zollunion

Das Vertragswerk wird geschaffen — Viel Lärm um nichts

P. R. Berlin, 4. Mai.

Die Arbeiten an der Zollunion sind von der deutschen und österreichischen Regierung wieder gemeinsam in Angriff genommen worden. Eine kleine Pause war bekanntlich in den Verhandlungen eingetreten, da beide Seiten noch verschiedene vorbereitende Arbeiten meist statistischer und wirtschaftlicher Natur zu beenden hatten. Nun sind diese Arbeiten beendet, und zwei neugebildete beiderseitige Kommissionen werden zusammengetreten, um das Vertragswerk in die endgültige Form zu bringen, in der sie dann im Herbst beiden Parlamenten vorgelegt werden sollen. Das Reichskabinett hat nun die deutsche Kommission ernannt. Sie wird vom Ministerialdirektor Ernst geführt; ihr gehören Vertreter der verschiedenen Ministerien an, vom Auswärtigen Amt Gesandtschaftsrat Benzler, vom Reichswirtschaftsministerium Geheimrat Waldeck und vom Ernährungsministerium Ministerialrat Walter. An der Spitze der Wiener Delegation steht Professor Dr. Schüller. Die Kommissionen werden zunächst persönlich Führung nehmen. Die Verhandlungen werden abwechselnd in Berlin und Wien stattfinden.

Das gesamte Vertragswerk besteht aus drei Teilen. Erstens aus einem gemeinsam zu verfassenden Zollgesetz, zweitens aus einem neuen Zolltarif und drittens aus dem eigentlichen Vertrag. Die Ausarbeitung der Vorlagen, die den Parlamenten unterbreitet werden sollen, wird unabhängig von den Genfer Verhandlungen, die, wie man erwartet, ein Nachspiel im Haag haben werden, zu Ende geführt werden. Es ist nicht zu erwarten, daß die deutsche wie auch die österreichische Regierung irgendwelche Hemmnisse bei der Durchführung des Zollplanes haben sollten, wie das von der französischen Presse erwartet wird. Die verschiedenen Angriffe gegen das Zollabkommen haben die beiden Regierungen nicht von ihrer Ueberzeugung abbringen können, daß das Abkommen in keiner Weise gegen die rechtlichen

Kaufen Sie Waschseife nur nach Gewicht und Sie werden sofort feststellen, daß die

ausgetrocknete

Reger-Seife

die billigste Waschseife ist.

Grundlagen und die wirtschaftlichen Bestrebungen des Nachkriegseuropas verflochten. Man glaubt im Gegenteil, daß Frankreich bei seinem auf breiter Grundlage geplanten Vorstoß gegen das Zollabkommen es nicht zu einer gemeinsamen Front der Siegerstaaten bringen wird. Man sieht auch keine Möglichkeit, von diesem Plan abzugehen, schon deshalb, weil es der einzige Hoffnungsstrahl für eine, wenn auch geringe Hebung der deutschen Arbeitslosigkeit ist, um so mehr, als sich auch Frankreich auf seinen Standpunkt in der Reparationsfrage immer stärker versteift. Man hegt immerhin hier die Hoffnung, daß die nächste Genfer Tagung sich durchaus nicht so stürmisch ansetzen wird, wie das von manchen Staaten, zum Beispiel der Tschechoslowakei, erwartet wird, da man glaubt, daß die hochgeschraubte innenpolitische Erregung der Franzosen nach der Präsidentenwahl nachlassen und die von Briand angekündigte berühmte Pause in der deutsch-französischen Verständigungspolitik dem Quai d'Orsay selbst lästig werden könnte.

„Quotidien“ wünscht Aufschub der Aussprache über die deutsch-österreichische Frage

Paris, 5. Mai. (R.) „Quotidien“ tritt dafür ein, daß die Aussprache in der Kammer über die deutsch-österreichische Frage erst nach dem 13. Mai, also nach der Präsidentenwahl, stattfinden. Die Präsidentenwahl müsse sich, so schreibt das Blatt, möglichst in einer ruhigen Atmosphäre abspielen. Es sei nicht wünschenswert, sie kurz nach einer parlamentarischen Debatte, die leidenschaftlichen Charakter annehmen könne, abzuhalten. Nach der Wahl des Präsidenten könnte die Kammer in vollem Umfang zum Ausdruck bringen, unter welchen Bedingungen sie die Interessen des Landes in der Völkerverständigung vertreten zu sehen wünsche. Somit würde die Anschlussdebatte für den 15. oder 16. Mai in Frage kommen.

Aus der Republik Polen

Ein nationaldemokratischer Abgeordneter verurteilt

Der frühere nationaldemokratische Abgeordnete Kwiatkowski — nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen mehrmaligen Handelsminister — ist gestern nach mehrwöchiger Verhandlung vom zuständigen Gericht in Neustadt (Weichrowo) zu 15 Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 100 Zloty verurteilt worden, und zwar wegen 7 Fällen von Eigentumsvergehen. Kwiatkowski gehörte bekanntlich zu den Gefangenen von Breßlitz. Er war außer einem ehemaligen Abgeordneten des Regierungsbundes der einzige Parlamentarier, der wegen gemeiner Vergehen nach der Auflösung des vorigen Sejm verhaftet wurde.

Polnische Matrosen in Belgien

Brüssel, 4. Mai. (R.) Die Untersuchung des Zwischenfalls mit polnischen Matrosen während des Aufenthalts des Schiffes „Torun“ in Gent, wegen angeblicher Störung der öffentlichen Ordnung durch einen der Matrosen, ist in Ermangelung von Schuldbeweisen niedergeschlagen worden. Die Angelegenheit hat jetzt eine ungünstige Wendung für die belgische Polizei genommen, die ohne Grund gegen die Polen von der Waffe Gebrauch machte und einen von ihnen, namens Duzak, am Schulterblatt verletzten. Das polnische Konsulat hat jetzt der Stadt Gent den Prozeß gemacht wegen Entschädigung für den von Duzak erlittenen moralischen Schaden, für den zeitweiligen Verlust

der Erwerbsfähigkeit und die Heilungskosten in der Ortsklinik. Duzak, dem die Kugel glücklicherweise den Schulterschulter nicht beschädigte, ist jetzt vollkommen genesen.

Kiepara erkrankt

Wien, 4. Mai. (Pat.) Nach Informationen der „Neuen Freien Presse“ ist Jan Kiepara, der in Budapest sitzen sollte, plötzlich erkrankt, so daß die Vorstellung abgesagt werden mußte. Kiepara kam am Donnerstag ins „Turandot“ mit größtem Erfolg. Am Tage darauf aber klagte er über starke Schmerzen im Gesicht. Die Ärzte stellten Eiter im Nasenbein fest und ordneten Kieparas Ueberführung ins Krankenhaus an.

Die Afrikaflieger in Posen

Gestern nachm. 6 Uhr sind in Lawica die beiden polnischen Flieger gelandet, die am 1. Februar zu einem Flug rund um Afrika gestartet waren. Es handelt sich um den Hauptmann Starzynski und den Oberleutnant Ing. Markiewicz. Die beiden Flieger, die auf einem P. 3. L.-Flugzeug 22 etwa 25 000 Kilometer zurückgelegt haben, wurden in Lawica von dem Konstrukteur des P. 3. L., Ing. Dabrowski, und Hauptmann Orlikowski, die zu diesem Zwecke aus Warschau gekommen waren, erwartet. Begrüßt wurden sie ferner von Offizieren des 3. Fliegerregiments mit dem Regimentskommandeur Oberst Kallus an der Spitze. Die Gäste haben in Posen übernachtet und fliegen heute vormittag nach Warschau weiter. Sie waren aus Paris über Berlin gekommen, wo sie Brennstoff aufnahmen.

Die spanische Wahlreform

Madrid, 5. Mai. (R.) Der gestrige Ministerrat beschloß sich hauptsächlich mit der Wahlreformfrage. Ein entsprechendes Dekret wurde ausgearbeitet. Es sieht vor, daß jede Provinz einen einzigen Wahlkreis bilden wird. Die Städte Madrid und Barcelona bilden eigene Wahlbezirke. Auf je 50 000 Einwohner soll ein Abgeordneter entfallen. Frauen und Geistliche sind wählbar.

Der neue spanische Botschafter in Berlin

Madrid, 5. Mai. (R.) Der Ministerrat hat Professor Americo Castro zum spanischen Botschafter in Berlin ernannt.

Deutsches Reich Flugzeugunglück in Staaken

Berlin, 4. Mai. (R.) Auf dem Staatseigenen Flugplatz stürzte heute vormittag ein Flugzeug, in dem sich zwei Mann befanden, ab. Die Insassen, der Pilot und ein Begleiter, waren sofort tot. Das Flugzeug ist verbrannt.

Juwelenraub am frühen Morgen

Berlin, 4. Mai. (R.) Ein verwegenes Ueberfall wurde heute früh im Zentrum der Stadt auf eine Verkäuferin ausgeführt. Im Flur des Hauses Ranionierstraße 11 wurde das Mädchen von zwei Kanonier niedergeschlagen und der Juwelen, die es bei sich trug, beraubt. Die Täter entkamen in einer bereitstehenden Droschke. Die Verkäuferin hatte die Juwelen aus der Wohnung ihres Gekneht. Der Ueberfall ereignete sich in dem Augenblick, als die Verkäuferin das Haus ihres Chefs verlassen wollte. Der Vorgang spielte sich blitzschnell ab. Die Beute, die den Räubern in die Hände gefallen ist, beläuft sich nach den vorläufigen Angaben auf mehrere tausend Mark. Unter den Beute sind Perlen und Brillantringe mit hochkarätigen Steinen, ein 6 Zentimeter breites Emaille-Armband mit einem 34karätigen Brillanten, eine Emaille-Brosche mit einem 2½karätigen Brillanten usw.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Gerichtsvorstand nur den polnischen Teil: Alexander Jurek. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Zeit: Aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jurek. Für den Abdruck redaktionellen Text und für die Uninteressanten: Die Zeit im Bild: Alexander Jurek. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzepp. Verlag „Polener Tageblatt“. Druck: Concordia Sp. A. G. Esmilich in Posen, Zwitgergstra. 6.

Die letzten Telegramme

Der japanische Flug über den Stillen Ozean

Tokio, 4. Mai. (R.) Der Flieger Hasegawa, der heute früh zur Ueberfliegung des Stillen Ozeans aufgetreten war, hat seine erste Etappe Numafaki erreicht.

Ein Rücktritt Mauras

Paris, 5. Mai. (R.) Wie „Savas“ aus Madrid berichtet, entbehrt das Gerücht über einen Rücktritt des spanischen Innenministers Mauras jeder Begründung. Der Minister erklärte gestern nach Schluß des Ministerrats selber, daß er sein Amt weiter führe und sich gegenwärtig mit dem Studium der Wahlreform befasse.

Italienische Antwort auf die französische Flottennote

Paris, 5. Mai. (R.) Die gestern am Quai d'Orsay überreichte italienische Antwort auf die französische Note zur Flottenfrage enthält in ihrem ersten Teil einen historischen Überblick über die französisch-italienischen Verhandlungen. Der zweite Teil enthält eine kritische Analyse der letzten französischen Vorschläge und der dritte die italienischen Gegenvorschläge. Diese entsprechen der in der letzten englischen Note dargelegten These. Rom wie London sind bereit, es der Konferenz von 1935 zu überlassen, zu bestimmen, ob Frankreich die Ersatzbauten für die 1936 außer Dienst stehenden Schiffe schon vorher in Angriff nehmen darf. Diese Note wird gegenwärtig von den zuständigen Stellen des Quai d'Orsay und des Marineministeriums geprüft. Die Betrachtungen der Presse sind ziemlich scharf. Der offizielle „Petit Parisien“ erklärt: „Für Italien und London handelt es sich vor allem darum, die gegenwärtige Tonnageüberlegenheit der französischen Marine über die italienische zu beseitigen.“ „Echo de Paris“ rät, die Verhandlungsgrundlage vom 1. Mai und die anschließenden Verhandlungen fallen zu lassen und der früher zu erwartenden Aufforderung Hendersons zur Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht Folge zu leisten. Besser sei es, sich mit Rom direkt in Verbindung zu setzen und Aussöhnung der

Bermittlerrolle Londons, so lange die Sozialisten in Downing Street sitzen.

Darf Trotski nach Spanien kommen?

Paris, 5. Mai. (R.) Nach einer Meldung aus Madrid hat die Regierung zu dem Antrag Trotskis, in Spanien Aufenthalt nehmen zu dürfen, noch nicht Stellung genommen. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß sie nur provisorische Machtbefugnisse habe und deshalb nicht in der Lage sei, einen formellen Beschluß zu fassen.

Streik in Frankreich?

Paris, 5. Mai. (R.) In der nordfranzösischen Textilindustrie droht ein großer Streik auszubrechen. Die Unternehmer planen für die nächste Zeit eine Lohnherabsetzung, die von den Arbeitern abgelehnt wird. Die bisherigen Verhandlungen haben nicht zu einer Annäherung zwischen den Parteien geführt. Man rechnet deshalb mit dem Ausbruch eines Streiks, von dem etwa 50 000 Arbeiter betroffen würden.

Festnahme wegen Landesverrat

Schneidemühl, 5. Mai. (R.) Der Staatliche Polizeidirektor teilt mit: Ein im Kreise Platon tätig des Landesvertrages des Polenbundes ist, erhielt kürzlich von einem Unbekannten aus Neustettin einen Brief, in dem ihm landesverräterisches Material zur Verwendung angeboten wurde. Der betreffende Geistliche übergab dieses Schreiben der zuständigen Polizeibehörde. Die von hier aus sofort eingeleiteten Ermittlungen führten zu dem Ergebnis, daß das Schreiben von dem Führer der Sturmabteilung der Neustettiner Ortsgruppe der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, Otto Braasch, stammt. Bei der Nachfrage nach den für ihn eingegangenen Verbindungen wurde Braasch in Neustettin von einem Beamten der Geschäftsstelle I A der hiesigen Staatlichen Polizeidirektion festgenommen. Bei seiner Vernehmung mußte Braasch zugeben, die fraglichen Briefe an den Geistlichen geschrieben zu haben. Demnach dürfte sich Braasch des Landesverrats schuldig gemacht haben.

Heute vormittag 10 1/2 Uhr entschlief sanft nach langem, mit großer Geduld getragenen Leiden meine liebe Frau und treu- forgende Mutter meiner Kinder

Minna Witte

geb. Hoepfner.

Dies zeigen an mit der Witte um stille Teilnahme

Benno Witte und Kinder

Margarete

Bodo

Siegfried

Helga.

Grazdów, den 4. Mai 1931.

Beerdigung am Donnerstag um 3 Uhr nachmittags vom Trauerhause aus nach dem Friedhof in Romanowo.

Neuheiten!
Tischdecken
Kissen
Blusen
Geschw. Streich
sw. Marcin 43
zwischen Schloss und Gwarna

50.- oder 60.- zł
kosten 50 Mtr.
Drahtzaungeflecht,
1 m hoch, best ver-
zinkt, mittelkräftig

2.0 mm oder 2.2 mm Stärke
mit Einfassung 11 zł
mehr, 50 m Stachel-
draht 7.50 zł.

Liefere jede Höhe.
Nachnahme.

Frachtfrei

nach jeder Vollbahnstation

Drahtgeflechtfabrik

Alexander Maennel

Nowy Tomysl W.5.



Frühjahrs-Neuheiten

zeigen unsere neuen

Hut-Ausstellungen

sowie in

Herren-Artikeln

zu bedeutend herabgesetzten Preisen in großer Auswahl

The Gentleman

Własc.: Stefan Schaefer

POZNAŃ

ul. Nowa 1.

TELEFON 31-69.

ul. 27. Grudnia 4.

Alle Herren-Hüte werden gereinigt und modernisiert

zu niedrigen Preisen!

Empfehle mein reichhaltiges Lager

in

Spirituosen :: Liköre

Ungarische :: Südmeine

inländische Cognacs ausländische

Große Auswahl

Niedrige Preise!

L. Maćkiewicz

Skład Win i Spirytualji

Poznań, Wrocławska 32, Tel. 1456.

In Ostrow 2 hohe Werträume

sind

Grundfläche 120 m² mit 3 Zimmer-Wohnung

zu verpachten.

Browar Ostrowski

Richard Hirsch, Ostrow-Poznańskie

Gesucht auf ein Gut von ca 1000 Morgen

25 000 zł

zur 1. Stelle. Off. unt. 1188 an die Geschäfts. dieser Zeitung, Poznań, Zwierzyniecka 6 erbeten.

Dacheindeckungen
Bauklempnerei
Blitzableiterbau

Oskar Becker
POZNAŃ
SW. MARCIN 66/67
FERNRUF 2511

Patyk's Konfekt

und

Schokolade

Mundet

dem Gaumen

Kräftigt

den Körper

Belebt

die Nerven

W. Patyk

Alje Marcinkowskiego 6
(neben der Post)

Auktion von orientalischen Kunstgegenständen und Antiquitäten.

Am Mittwoch, dem 6. Mai, ab 16 Uhr

versteigern wir

persische, japanische, indische, chinesische u. türkische Bronzen, Elfenbein- u. Holzschnitzereien, Porzellan und Fayencen, Waffen, Perser-Teppiche, antike Möbel, und Oelbilder

zu günstigen Auktionspreisen. Die Auktion findet im Automobilpavillon der Messehallen neben der Styka-Ausstellung, Eingang ulica Bukowska statt. Besichtigung am gleichen Tage vom 10. bis 16.

„Pałac Sztuki“

Poznań, Stary Rynek 78, I. Et.

Unser Roman „Königskinder“

ist in Buchform erschienen und zum Preise von

Mk. 4.50

in Leinen gebunden

in allen Buchhandlungen erhältlich!

KOSMOS Sp. z o. o., Groß-Sortiment.

Goldwaren-Fabrikation u. Detail-Verkauf.

Ausführung von Reparaturen und Gravierungen

in eigenen Werkstätten
billigst und schnellstens.

Reizende Geschenkartikel zur Einsegnung

in allen Preislagen empfiehlt

M. Feist, Goldschmiedemeister

Tel. 2328. ul. 27 Grudnia 5, Hof I. Etag. Tel. 2328.

Frühjahrs - Neuheiten

in

Damen-Hüten

empfiehlt in grosser Auswahl

T. LUDWIG

Poznań

Szkolna 9

Das Rittergut Lehsenitz

direkt an der Stadt Steinau, Regierungsbezirk Breslau, wird in **Siedlerstellen** verschiedenster Größe, unter besonders günstigen Bedingungen **aufgeteilt**.

Bewerber wollen sich melden an den bisherigen Zwangsverwalter des Rittergutes Lehsenitz, Herrn **Weigt in Steinau**, Regierungsbezirk Breslau.

Zwei dtsh., evg. Mädchen, 23 bzw. 16 Jahre alt, aus bess. Familie, i. j. 15. Mai oder 1. Juni um sich im Haushalt weiter auszubilden. Eine mit Taschengeld, die andere ohne gegenl. Vergütung. Off. u. 1200 a. d. Geschäfts. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Wir suchen zum 1. Juni d. Js. eventl. früher, einen **zweiten Rechnungsführer**

Bedingung: Beherrschung der polnischen Sprache in Wort und Schrift, flotter Stenograph und Maschinenschreiber, Kenntnis von Gutsvorstandsgeheimnissen. Anfänger ausgeschlossen. Bewerbungen erbeten an **Güterverwaltung Maronice bei Znowocław.**

Chemisch - analytisches Laboratorium

für Industrie, Landwirtschaft, Handel u. Gewerbe

E. Kettler, Poznań

Piekary 16/17, im Hause der Westpolnisch. Landw. Gesellschaft.

Untersuchungen

von Futter- und Düngemitteln, Ölen und Fetten, Wasser, Lebensmittel u. Gebrauchsgegenständen. Bodenuntersuchungen u. Methode

Prof. Dr. Neubauer.

Kaufe

alte Obstmühle mit Steinwalzen und Obst-
presse für ca. 1-2 Zentner.

Otto Fimmel

Nowy Tomysl.

2-3 Lo. Wassermühle

mit guter Rundschaft von tüchtigem Fachmann zu
achten gel. Off. u. 1199
a. d. Geschäfts. d. Btg.,
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Polin sucht deutsche

Konversation

als Gegenleistung polnische.
Off. u. 1197 a. d. Geschäfts. d. Btg.,
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Verband Dtsch. Angestellter in Polen, Poznań

Im großen Saale
des Evangelischen Vereinshauses

Montag, den 11. Mai,

abends 8 Uhr

Sexuelle Fragen der Gegenwart

Vortrag von **Dr. Hodan, Berlin**

Karten in der Evangel. Vereinsbuchhandlung zum Preise von 3, 2 und 1 zł einschl. Steuer für Mitglieder, zum Preise von 4, 3 und 2 zł einschließlich Steuer für Nichtmitglieder.

Ermäßigung nur gegen Vorweisung der Mitgliedskarte.

Der Vorstand.

Suche für meinen **verheirateten Beamten**, welcher bei mir von 1925 bis heute tätig ist. Derselben kann ich als tüchtigen Beamten auf das wärmste empfehlen. Weitere Referenzen brieflich. Gefl. Offerten bitte zu senden an **E. Szmeller, Gutsbesitzer** Dom. Brzeski, poczta Zduniska Wola Skrz. pocztowa r. N3 pow. Łaski.

35 j. **Judin** sucht intellig. j. dtsh.

Mann der elterl. Geschäft u. Haus übernehm. kann. Off. u. 1198 a. d. Geschäfts. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Suche für m. Sohn, 17 Jahre alt, Gymnasialb., Stelle als

Molkereilehrling Off. u. 1196 a. d. Geschäfts. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Leipziger Neueste Nachrichten

eine der einflussreichsten und verbreitetsten Tageszeitungen des Deutschen Reiches.

In der ganzen Welt bekannt.

*

Täglich überaus fesselnder und reichhaltiger politischer, kultureller und wirtschaftlicher Lesestoff, der eine **ausgezeichnete Übersicht über die deutschen Verhältnisse ermöglicht**

*

Wer enge geistige Fühlung mit Deutschland aufnehmen will, dem wird die Lektüre der Leipziger Neuesten Nachrichten alle Wünsche erfüllen. Wer geschäftliche Verbindungen mit deutschen Firmen oder Verbrauchern sucht, dem werden die Leipziger Neuesten Nachrichten hervorragende Dienste leisten. Sie sind in Deutschland ein Insertionsorgan von unübertrefflicher Werbekraft.

Tagesauflage: über 180 000 Exemplare!

Hauptgeschäftsstelle Leipzig C 1, Peterssteinweg 19.